



► Nr. VO/2023/11778-01
öffentlich

Lübeck, 04.04.2024

Bericht -öffentlich-

Verantwortliche Bereiche:
2.500 - Soziale Sicherung

Bearbeitung: Eric Zschech (E-Mail: eric.zschech@luebeck.de Telefon: 122 - 4964)

Armuts- und Sozialbericht 2022 Teil 2: Handlungsoptionen

Beratungsfolge:

Datum	Gremium	Status	Zuständigkeit
22.04.2024	Senat	Nichtöffentlich	zur Senatsberatung
02.05.2024	Jugendhilfeausschuss	Öffentlich	zur Kenntnisnahme
07.05.2024	Ausschuss für Soziales	Öffentlich	zur Kenntnisnahme
14.05.2024	Hauptausschuss	Öffentlich	zur Kenntnisnahme
30.05.2024	Bürgerschaft der Hansestadt Lübeck	Öffentlich	zur Kenntnisnahme

Anlass:

Bürgerschaftsbeschluss vom 29.06.2006 zur Fortschreibung des Armuts- und Sozialberichtes

Bericht:

Im Frühjahr des Jahres 2023 wurde der erste Teil des Armuts- und Sozialberichts 2022 veröffentlicht (VO/2023/11778). Als objektiv angelegte Datenanalyse beschreibt dieser faktenbasiert die soziale Entwicklung in der Hansestadt Lübeck.

Auf Grundlage der dort gewonnenen Erkenntnisse organisierte der Fachbereich Wirtschaft und Soziales in Kooperation mit dem Fachbereich Kultur und Bildung der Hansestadt Lübeck vier Workshops, um unter Beteiligung von Politik und Stadtgesellschaft nach Möglichkeiten zur Weiterentwicklung der sozialen Daseinsvorsorge zu suchen.

Der nun vorliegende zweite Teil des Armuts- und Sozialberichts 2022 dokumentiert die erarbeiteten Handlungsoptionen systematisch und macht sie für Politik und Stadtöffentlichkeit zugänglich.

In der Zusammenschau der Workshops wurde auffällig, dass themenübergreifend insbesondere die Stärkung sozialraumorientierter Angebote und der Aufbau kleinräumiger Angebote des Quartiersmanagements empfohlen wurden.

Diese Impulse aufgreifend plant der Fachbereich Wirtschaft und Soziales ein strategisches Gesamtkonzept zur Sozialraumorientierung zu entwickeln. Dieses wird in Form einer Fortschreibung des bestehenden Konzepts zur Strategischen Sozialplanung (VO/2023/11779) veröffentlicht werden.

Eine Stellungnahme des Frauenbüros ist im Anhang des Berichts beigefügt.

Anlagen:

Armuts- und Sozialbericht 2022 Teil 2: Handlungsoptionen

Senatorin Pia Steinrücke



Armuts- und Sozialbericht 2022

Teil 2: Handlungsoptionen

Hansestadt Lübeck
Wirtschaft und Soziales
Bereich Soziale Sicherung
Kronsfordter Allee 2-6 | 23560 Lübeck
(0451) 115
soziale-sicherung@luebeck.de
www.luebeck.de/de/rathaus/verwaltung/soziale-sicherung



Kernarbeitsgruppe (alphabetisch sortiert)

Alvarez Fischer, Dr. Christiane (Kultur und Bildung)
Bender, Dr. Gerhard (Soziale Sicherung/Gesundheitsamt)
Drescher, Thorsten (Kultur und Bildung)
Schmüser, Dirk (Soziale Sicherung)
Schwartz, Claudia (Soziale Sicherung)
Wulf, Matthias (Soziale Sicherung)
Zschech, Eric (Soziale Sicherung)

Begleitgremium (alphabetisch sortiert)

AK Soziales
Armutskonferenz
Beirat für Menschen mit Behinderung
Beirat für Senior:innen
FB2-Controlling
Forum für Migration
Fraktionen
Frauenbüro
Jobcenter
Stabsstelle Integration und Koordination Ehrenamt
Statistikstelle

Layout & Erstellung

Zschech, Eric (Soziale Sicherung)

Druck

Druckhaus Menne
Auflage: 30 gedruckte Exemplare

Impressum

Hansestadt Lübeck
Fachbereich Wirtschaft und Soziales
Bereich Soziale Sicherung
Kronsforder Allee 2-6
23560 Lübeck
Tel.: (0451) 115
E-Mail: soziale-sicherung@luebeck.de
www.luebeck.de/de/rathaus/verwaltung/soziale-sicherung



Vorwort

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Gestaltung einer bedarfsgerechten und zukunftsfesten sozialen Daseinsvorsorge in unserer Stadt gelingt nur gemeinsam. Soziale Entwicklungen sind hochgradig komplex und ihre Steuerung verlangt nach einer kombinierten Herangehensweise.

Zunächst braucht es datenbasiertes Wissen. Nur so können städtische Entwicklungen objektiv und möglichst frühzeitig erkannt werden. Diesem Zweck diene der erste Teil des Armuts- und Sozialbericht 2022, indem er die demografische, soziale und ökonomische Situation in Lübeck transparent machte.

Um von Daten zu Taten zu kommen, müssen wir jedoch einen Schritt weitergehen. Nur ein offener und lebendiger Austausch darüber, wie das gewonnene Wissen eingeordnet werden kann und welche Handlungen daraus abgeleitet werden sollten, wird langfristig zu guten Lösungen führen.

Aus diesem Grund organisierte der Fachbereich *Wirtschaft und Soziales* in Kooperation mit dem Fachbereich *Kultur und Bildung* vier beteiligungsorientierte Workshops mit dem Ziel, in einem offenen Diskussionsprozess Handlungsoptionen zur Weiterentwicklung der sozialen Daseinsvorsorge zu erarbeiten. Der nun vorliegende zweite Teil des Armuts- und Sozialberichts dokumentiert diese Handlungsoptionen systematisch und macht sie für Politik und Stadtöffentlichkeit zugänglich.

Ich hoffe, dass beide Teile des Armuts- und Sozialberichts den weiteren Diskurs über soziale Ungleichheit in Lübeck bereichern und dazu beitragen, zielgerichtete und wirksame Maßnahmen zum Wohle der betroffenen Menschen in unserer Stadt zu entwickeln.

Allen, die am Bericht und seinen Workshops mitgewirkt haben, spreche ich meinen herzlichen Dank für die geleistete Arbeit aus.

Lübeck, im April 2024



Pia Steinrücke
Senatorin für Wirtschaft und Soziales



Inhalt

1 Einleitung	5
1.1 Was sind Handlungsoptionen?.....	5
1.2 Struktur des Berichts.....	6
2 Einblicke in die Workshops	7
2.1 Ältere Menschen.....	7
2.2 Digitale Sozialplanung.....	7
2.3 Junge Menschen in Armut.....	8
2.4 Potenziale im Sozialraum.....	8
3 Handlungsoptionen.....	9
3.1 Übergreifende Handlungsoptionen.....	10
3.2 Zielgruppenspezifische Handlungsoptionen.....	16
4 Fazit und Ausblick	25
Anhang.....	27
Dokumentation der Workshops	27
Stellungnahme des Frauenbüros.....	50

Die Lübecker Armuts- und Sozialberichte finden Sie online unter www.luebeck.de mit dem Suchbegriff „Armuts- und Sozialberichte“ oder direkt unter

<https://www.luebeck.de/de/rathaus/verwaltung/soziale-sicherung/armut-und-sozialbericht.html>



1 Einleitung

Im Frühjahr des Jahres 2023 wurde der [erste Teil des Armuts- und Sozialberichts 2022](#) veröffentlicht. Als objektiv angelegte Datenanalyse beschreibt dieser faktenbasiert die soziale Entwicklung in der Hansestadt Lübeck.

Auf Grundlage der dort gewonnenen Erkenntnisse organisierte der Fachbereich *Wirtschaft und Soziales* in Kooperation mit dem Fachbereich *Kultur und Bildung* der Hansestadt Lübeck folgende vier Workshops, um unter Beteiligung von Politik und Stadtgesellschaft nach Möglichkeiten zur Weiterentwicklung der sozialen Daseinsvorsorge zu suchen:

Nr.	Themen der Workshops	Organisation	Termine
1)	Ältere Menschen	Fachbereich Wirtschaft und Soziales	12.06.23
2)	Digitale Sozialplanung	Fachbereich Wirtschaft und Soziales	20.09.23
3)	Junge Menschen in Armut	Fachbereich Kultur und Bildung	13.10.23
4)	Potenziale im Sozialraum	Fachbereich Kultur und Bildung	22.01.24

An den Workshops nahmen in teilweise wechselnder Besetzung Mitglieder des Begleitgremiums und der Kernarbeitsgruppe des Armuts- und Sozialberichts sowie je nach Schwerpunkt weitere Vertreter:innen der Stadtgesellschaft teil. Für einen Überblick zur Zusammensetzung der des Begleitgremiums und der Kernarbeitsgruppe siehe Seite 2.

Im Rahmen der vier Workshops wurden zahlreiche Handlungsoptionen erarbeitet, die darauf abzielen soziale Angebote bedarfsgerecht weiterzuentwickeln und gleichwertige Lebensverhältnisse zu schaffen. Im nun vorliegenden zweiten Teil des Armuts- und Sozialberichts 2022 werden diese Handlungsoptionen dokumentiert und zusammengefasst.

1.1 Was sind Handlungsoptionen?

In diesem Bericht sprechen wir bewusst von erarbeiteten *Handlungsoptionen*. Während *Handlungsempfehlungen* zu einem höheren Grad konkretisiert und abgestimmt sind, handelt es sich bei *Handlungsoptionen* um erste Vorschläge, die aufgegriffen und weiterentwickelt werden können. Sie sind das Ergebnis eines offenen Diskussions- und Beteiligungsprozesses und geben eine Zielrichtung vor. Teils mit großem Konsens, teils kritisch unter den Workshop-Teilnehmenden diskutiert, sind alle folgenden Handlungsoptionen daher keine fertig ausgearbeiteten oder gar abgestimmten Maßnahmenempfehlungen, sondern stellen vielmehr ein vielfältiges Portfolio aus Ideen dar. So ist unter breiter Beteiligung vielfältiger engagierter Gruppen der Stadtgesellschaft ein „offener Werkzeugkasten“ entstanden, der kommunalpolitisch Aktive und weitere Engagierte dazu einlädt, formulierte Ideen aufzugreifen, zu diskutieren und ggf. zu konkreten Maßnahmenvorschlägen weiterzuentwickeln.



1.2 Struktur des Berichts

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wurde darauf verzichtet, die umfassende Dokumentation der Workshops im Hauptteil des Berichts unterzubringen. So gelangen Sie als Leser:in schneller zum Ergebnisteil mit den erarbeiteten Handlungsoptionen. In Kapitel 2 finden Sie daher lediglich einen kurzen Einblick in die vier Workshops. Ihre ausführlichen Dokumentationen können Sie im Anhang des Berichts nachschlagen.

In den Workshops 1 (Ältere Menschen), 3 (Junge Menschen in Armut) und 4 (Potenziale im Sozialraum) wurden Handlungsoptionen erarbeitet, die direkt auf die Gestaltung der sozialen Daseinsvorsorge abzielen. Die hier entwickelten Ideen werden in Kapitel 3 durch die Kernarbeitsgruppe des Berichts thematisch sortiert und aus ihrer Sicht kurz kommentiert.

Workshop 2 (Digitale Sozialplanung) nahm hingegen eine Metaperspektive ein und widmete sich der digitalen Weiterentwicklung der Sozialberichterstattung und Sozialplanung im Bereich Soziale Sicherung der Hansestadt Lübeck. Die hier formulierten Ideen und Vorschläge finden sich daher nicht in Kapitel 3, sondern fließen, soweit möglich, direkt in die Entwicklung und Programmierung des digitalen Angebots ein. Für weitere Informationen zu diesem Thema werfen Sie gern einen Blick in das von der Bürgerschaft am 23.02.2023 beschlossene [Kurzkonzept zur Strategischen Sozialplanung \(VO/2023/11779\)](#) und die im Anhang befindliche Dokumentation.

Abgerundet wird der vorliegende Bericht mit einem Fazit und Ausblick.



2 Einblicke in die Workshops

In diesem Kapitel erhalten Sie einen kurzen Einblick in die vier Workshops. Ausführlich dokumentiert sind diese im Anhang des Berichts.

2.1 Ältere Menschen

Der Workshop „Ältere Menschen“ wurde im Rahmen einer Sondersitzung der Steuerungsrunde *Leben und Wohnen im Alter* am 12.06.2023 als Online-Beteiligungsformat durchgeführt. In der Folgesitzung vom 27.11.2023 wurden die Ergebnisse vorgestellt, diskutiert und punktuell ergänzt. In der Steuerungsgruppe sind Wohlfahrtsverbände, Interessenvertretungen, Politik, Wohnungswirtschaft und Verwaltung vertreten und begleiten seit über 10 Jahren die prozesshafte Umsetzung des Gesamtkonzeptes *Leben und Wohnen im Alter – Älterwerden in Lübeck*. Die Veranstaltung wurde von Herrn Wulf und Frau Beier (Fachbereich Wirtschaft und Soziales, Bereich Soziale Sicherung) organisiert.

Inhaltlich war der Workshop zweiteilig aufgebaut. Zunächst erfolgte eine ganzheitliche Betrachtung, welche Angebote und Hilfen für ältere Menschen im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben und der kommunalen Daseinsvorsorge bereits existieren. Dabei wurden sowohl konkrete Einzelfallhilfen als auch Angebote der Prävention, Teilhabe und Vernetzung beleuchtet. Darauf folgend wurden in einem zweiten Teil Handlungsoptionen zur Weiterentwicklung der sozialen Daseinsvorsorge diskutiert und gesammelt.

2.2 Digitale Sozialplanung

Am 20.09.2023 fand im Verwaltungszentrum Mühltor der Workshop „Digitale Sozialplanung“ statt. Insgesamt 20 engagierte Personen aus der Stadtgesellschaft meldeten sich zur Veranstaltung an, darunter Vertreter:innen der politischen Fraktionen, des Beirats für Senior:innen, des Forums für Migrant:innen, des Arbeitskreises Soziales, der freien Wohlfahrtspflege und der Hansestadt Lübeck. Organisiert wurde die Veranstaltung von Herrn Zschech (Fachbereich Wirtschaft und Soziales, Bereich Soziale Sicherung).

Der Workshop zielte zum einen darauf ab, die Teilnehmenden über Entwicklungen der digitalen Sozialplanung zu informieren. Hintergrund ist hier das der Bürgerschaft beschlossene Konzept zum Aufbau einer [Strategischen Sozialplanung im Bereich Soziale Sicherung \(VO/2023/11779\)](#). Zum anderen sollte in der Veranstaltung ermittelt werden, welche Erwartungen die teilnehmenden Vertreter:innen der Stadtgesellschaft an ein digitales Sozialplanungsportal richten. Ein frühzeitiges Einbinden zukünftiger Nutzer:innen soll sicherstellen, dass das digitale Angebot Funktionen und Lösungen bereithält, die für die Praxis einen echten Mehrwert bieten.



Zu diesem Zweck wurde im Rahmen einer Kleingruppenarbeitsphase zu drei Fragestellungen an drei Tischen diskutiert. Die drei Arbeitsgruppen dokumentierten ihre erarbeiteten Handlungsoptionen und präsentierten diese anschließend im Plenum.

2.3 Junge Menschen in Armut

Der Workshop „Junge Menschen in Armut“ fand am Freitag, den 13.10.2023, statt. Insgesamt 17 Personen aus Kommunalpolitik, Zivilgesellschaft sowie Jobcenter und Stadtverwaltung hatten sich zusammengefunden. Die Organisation übernahmen Frau Alvarez Fischer und Herr Drescher (Fachbereich Kultur und Bildung).

Anhand einer kurzen Präsentation stellte Herr Drescher Grundlegendes zum Armutsbegriff, Risikofaktoren sowie deren Ausprägung in Lübeck vor. Ebenso zeigte er auf, welche kommunalen Leistungen bereits zur Armuts-(folgen-)prävention für junge Menschen in der Hansestadt vorgehalten werden.

Es folgte eine Diskussion anhand von zwei Leitfragen, in deren Rahmen Handlungsoptionen gesammelt wurden.

Der Workshop zeigte, dass es aus Perspektive der Expert:innen und Politiker:innen in Lübeck bereits vielfältige Handlungsansätze gibt, um Armut und ihre Folgen zu vermeiden bzw. zu mindern. Viele Angebote der Hansestadt als auch von ehrenamtlich Aktiven und gemeinnützigen Organisationen werden gut angenommen und zeigen Wirkung. Gleichzeitig bleibt Armut als Herausforderung bestehen und hat sich im Zuge der jüngsten Entwicklungen (Pandemie, Krieg in Europa, Flucht und Migration, Inflation) zusätzlich verstärkt.

2.4 Potenziale im Sozialraum

Am 22.01.2024 fand der vierte und letzte Workshop mit dem Thema „Potenziale im Sozialraum“ statt. Es hatten sich 20 Personen aus Kommunalpolitik, Zivilgesellschaft und Verwaltung zusammengefunden. Die Veranstaltung wurde von Frau Alvarez Fischer und Herrn Drescher (Fachbereich Kultur und Bildung) organisiert.

Zunächst wurde im Rahmen eines Inputs Wissenswertes zum Begriff des Sozialraums und zentrale Fakten der Sozialberichterstattung thematisiert. Deutlich wurde, dass das Armutsrisiko deutlich ungleich im Stadtgebiet verteilt ist. Durch Segregation werden nicht nur soziale Problemlagen konzentriert, sie können sich auch verschärfen, was auch Auswirkungen auf den Unterstützungs- und Hilfebedarf der Bürger:innen in den betroffenen Sozialräumen hat. Gleichzeitig gibt es bereits verschiedene Maßnahmen seitens Bund, Land und Kommune, die dem entgegenwirken.

Darauf aufbauend wurden Ideen und Handlungsansätze aus Politik und Zivilgesellschaft gesammelt, sortiert und diskutiert. Es entstand eine Vielzahl an Handlungsoptionen, wie die Potenziale in den Lübecker Sozialräumen besser genutzt werden können.



3 Handlungsoptionen

Im Folgenden sind die Handlungsoptionen dargestellt, welche in den Workshops „Ältere Menschen“, „Junge Menschen in Armut“ und „Potenziale im Sozialraum“ erarbeitet worden sind. Wie bereits in der Einleitung des Berichts beschrieben, finden sich die Handlungsoptionen des Workshops „Digitale Sozialplanung“ nicht in folgender Auflistung, da dessen Ergebnisse, soweit möglich, direkt bei der Entwicklung und Programmierung des digitalen Sozialplanungsportals berücksichtigt werden.

In der Nachbetrachtung stellte sich heraus, dass in mehreren Workshops einige inhaltlich ähnliche oder gleiche Handlungsoptionen benannt worden sind. Um Doppelungen zu vermeiden und für eine bessere Übersichtlichkeit werden die erarbeiteten Handlungsoptionen daher im Folgenden themenübergreifend (3.1) zusammengefasst bzw. zielgruppenspezifisch (3.2) einsortiert.

Die Nummerierung der Handlungsoptionen dient allein der besseren Übersichtlichkeit und stellt keine Priorisierung oder Gewichtung dar.

Da einige der in den Workshops erarbeiteten Handlungsoptionen Themen aufgreifen, die sich bereits in Bearbeitung befinden, erfolgt zu ihrer Einordnung jeweils ein kurzer Kommentar der Kernarbeitsgruppe des Berichts.



3.1 Übergreifende Handlungsoptionen

Ü1 Handlungsoption „Quartiersmanagement stärken und aufbauen“

Bestehende Angebote des Quartiersmanagements stärken und weitere Angebote des Quartiersmanagements („Kümmerer“ vor Ort in den Quartieren) aufbauen, wo diese benötigt werden. Das Quartiersmanagement kann u.a. kleinräumige Bedarfe vor Ort ermitteln und weitergeben, dient für die Quartiersbewohner:innen als niedrigschwellig erreichbare und vertraute Ansprechperson vor Ort und ist „Motor“ kleinräumiger Kooperationen zwischen Ehren- und Hauptamtlichen.

Kommentar der Kernarbeitsgruppe

Es bestehen bereits vorbildhafte Angebote des Quartiersmanagements wie bspw. in Moisling im Rahmen des [Städtebauförderungsprogramms „Sozialer Zusammenhalt – Zusammenleben im Quartier gemeinsam gestalten“](#) (bis 2020 unter dem Namen „Soziale Stadt“ geführt) und im Rahmen der Initiative Broilingplatz Lübeck e.V.. Die Erfahrungen aus den bestehenden Angeboten zeigen eindrucksvoll das positive Potenzial für die Quartiere.

In der Nachbetrachtung der Workshops lässt sich feststellen, dass dieser Handlungsoption workshopübergreifend von den Teilnehmenden eine besonders hohe Relevanz zugesprochen wurde. Durch die Aktivierung und Vernetzung der Quartiersbewohner:innen und Organisationen vor Ort könnten kleinräumige Bedarfe erhoben und soziale, ökonomische, bauliche sowie politische Entwicklungspotenziale im Quartier wirkungsvoller gehoben werden. Auch eine bessere Verzahnung haupt- und ehrenamtlicher Angebote wäre zu erwarten.

Die über das Quartiersmanagement ermittelten kleinräumigen Bedarfe könnten dann – wie im Kurzkonzept zur [Strategischen Sozialplanung im Bereich Soziale Sicherung \(VO/2023/11779\)](#) ab Seite 12 dargestellt – zur weiteren Befassung in ein künftiges Sozialplanungsnetzwerk eingespielt werden.

Auf Landesebene gibt es einen vom Landtag am 24.11.2023 angenommenen Antrag zur Förderung von sozialen Ansprechpersonen in den Gemeinden ([Landtag Drucksache 20/629](#)). Eine Umsetzung steht aus. Diese Entwicklung gilt es jedoch aufmerksam zu beobachten, da so möglicherweise der Ausbau von Angeboten des Quartiersmanagements in einem Lübecker Modell teilweise mit Landesmitteln refinanziert werden könnte.

Weitere übergreifende Hinweise zum Themenkomplex Quartiersbezug und sozialräumliche Ausrichtung finden sich im Fazit/Ausblick.



Ü2 Handlungsoption „Freiwilliges Engagement in Quartieren stärken“

Engagement vor Ort in den Quartieren stärken, z.B. durch Einführung von Ortsbeiräten/Stadtteilbeiräten mit einem eigenen Etat, Förderung von Freiräumen für Nachbarschaft und Engagement (offene, inklusive, niedrigschwellige Treffs, Cafés), Förderung lokaler nicht-kommerzieller Tauschbörsen, Finanzierung von Aufwandsentschädigungen für Ehrenamtliche oder Sachkostenförderungen, Stärkung der Hilfe zur Selbsthilfe etc.

Kommentar der Kernarbeitsgruppe

Der [Haushaltsbegleitbeschluss \(VO 2023/12437-02-01\)](#) zum Thema Stadtteilbudget ist in Bearbeitung. Erfahrungen aus dem Stadtteilbudget der Sozialen Stadt Moisling werden einbezogen.

Es bestehen bereits Räume bspw. offene Treffpunkte, Begegnungsstätten, Nachbarschaftsbüros, Familienzentren etc., die für nachbarschaftliches und ehrenamtliches Engagement genutzt werden können. Das Webangebot [Raumbörse für das Ehrenamt](#) der Hansestadt Lübeck hilft beim Finden geeigneter Räumlichkeiten.

Aus fachlicher Sicht gilt es zu bedenken, dass ehrenamtlichen Strukturen regelhaft auch hauptamtliche Ressourcen zur Seite gestellt werden sollten. Die Stabsstelle Integration und Koordination Ehrenamt des Fachbereichs Wirtschaft und Soziales sollte bei der weiteren Bearbeitung dieser Handlungsoption einbezogen werden.

Zudem gibt es bereits eine Vielzahl unterschiedlicher thematischer oder quartiersbezogener Austauschformate in der Stadt, die es bei einer Weiterentwicklung zu berücksichtigen gilt.

Weitere übergreifende Hinweise zum Themenkomplex Quartiersbezug und sozialräumliche Ausrichtung finden sich im Fazit/Ausblick.

Ü3 Handlungsoption „Soziale Unterstützungsangebote sozialräumlich ausrichten“

Bestehende sozialraumorientierte Beratungs-, und Unterstützungsangebote stärken und weitere Angebote sozialraumorientiert ausrichten („Mit den Angeboten in die Quartiere gehen“)

Kommentar der Kernarbeitsgruppe

Es gibt bereits vielfältige Ansätze inner- und außerhalb der Verwaltung, Angebote sozialraumorientiert aufzustellen und diese Entwicklung zu fördern. Beispielhaft genannt seien hier die städtischen Nachbarschaftsbüros und die Familienzentren.

Die Arbeitsweise städtischer Dienste erfolgt teilweise bereits sozialraumorientiert (z.B. Jugendhilfe, Beratungsstelle für Erwachsene und Senior:innen, Sozialpsychiatrischer Dienst, Sprechstunden vor Ort für Leistungen des Bereichs Soziale Sicherung etc.).

Weitere übergreifende Hinweise zum Themenkomplex Quartiersbezug und sozialräumliche Ausrichtung finden sich im Fazit/Ausblick.



Ü4 Handlungsoption „Generationenübergreifende Angebote aufbauen“

Bestehende generationenübergreifende Angebote in den Quartieren stärken und weitere Angebote aufbauen

Kommentar der Kernarbeitsgruppe

Es gibt in den Stadtteilen punktuell Angebote unterschiedlicher Träger, die eine generationenübergreifende Zielgruppe ansprechen. Als Beispiele seien hier das Quartiersprojekt der Initiative Broilingplatz Lübeck e.V. oder das Mehrgenerationenhaus Eichholz genannt.

Ü5 Handlungsoption „Analyse, Planung und Steuerung stärken“

Rechtskreisübergreifende Gesamtbetrachtung des Hilfesystems und der Angebotsstruktur mit dem Ziel der bedarfsgerechten Steuerung. Bedarfsanalysen sollen dabei partizipativ gestaltet werden und keine Stigmatisierungen reproduzieren.

Kommentar der Kernarbeitsgruppe

Die Leitungskräfte und Fachplanungen der zuständigen Fachbereiche beobachten und evaluieren die Entwicklung von Bedarfslagen und Angeboten fortlaufend.

Verschiedene Berichtsformate wie bspw. die Lübecker Bildungsberichte, die Kerndaten zur Bildung, die Schulstatistik und der Armuts- und Sozialbericht machen Entwicklungen transparent. Pläne, wie der Aktionsplan Gleichstellung 2022-2024, formulieren handlungsorientierte Vorschläge und Maßnahmen. Mit den Stadtteilkonferenzen finden regelmäßige Informations- und Dialogveranstaltungen mit dem Bürgermeister und den Senator:innen vor Ort statt.

Bei der Erhebung von Bedarfslagen nimmt die Beteiligungsorientierung eine zentrale Rolle ein. Neben der Mitwirkung der städtischen Beiräte und vielfältiger weiterer Arbeitskreise und Gruppen sei hier bspw. die Arbeit der Beauftragten für Kinder- und Jugendbeteiligung genannt. Es sei darauf hingewiesen, dass die Stärkung beteiligungsorientierter Prozesse regelhaft einen Ausbau personeller und/oder finanzieller Ressourcen erforderlich macht.

Im Bereich Soziale Sicherung befindet sich mit der im Frühjahr 2023 von der Bürgerschaft beschlossenen Vorlage [VO/2023/11779](#) ein Konzept zum Aufbau einer strategischen Sozialplanung in der Umsetzung. Dort wird zunächst die Entwicklung eines digitalen Sozialplanungsportals projektiert, welches als breit angelegtes Informationssystem soziale Entwicklungen und auch Angebotsstrukturen zielgruppengerecht transparent machen soll. Darauf aufbauend ist im Konzept beschrieben, wie bestehende beteiligungsorientierte Formate mit den gewonnenen Erkenntnissen arbeiten, wie neue partizipative Formate aufgebaut und wie Einschätzungen aus dem Quartiersmanagement in diesen Prozess einbezogen werden können.

Weitere übergreifende Hinweise zu den Themenkomplexen kleinräumige Bedarfsermittlung und Partizipation finden sich im Fazit/Ausblick.



Ü6 Handlungsoption „Soziale Angebote auf einer digitalen Karte“

Visualisierung der vorhandenen sozialen Angebotsstruktur für diverse Zielgruppen (Einwohner:innen mit Unterstützungsbedarfen, Angehörige; Expert:innen etc.) auf der entstehenden Smart City Plattform der Hansestadt Lübeck

Kommentar der Kernarbeitsgruppe

Die Vielzahl und Vielfalt sozialer Angebote macht eine systematische Visualisierung komplex und aufwendig.

Auf der [Smart City Plattform \(Geoportal\)](#) sind bereits einige soziale Angebote hinterlegt. Diese werden fortlaufend aktualisiert und erweitert. Bspw. in Bezug auf die Themenfelder Bildung, Kinder, Jugend und Familie sind bereits viele Angebote durch die Bildungskoordination (FB 4) auf der Smart City Plattform und im Familien- und Bildungsportal sichtbar gemacht worden.

An der Darstellung der Einrichtungen und Dienste im Zusammenhang mit dem Bereich Soziale Sicherung wird aktuell gearbeitet. Die hier erfolgende Visualisierung ist ebenfalls Bestandteil des Konzepts zum Aufbau einer strategischen Sozialplanung ([Vorlage VO/2023/11779](#)).

Ü7 Handlungsoption „Alle Menschen ansprechen“

Kommunikationsstrategie entwickeln, wie Zielgruppen besser erreicht und informiert werden können, z.B. Stadtteilzeitungen, Anzeigen in Wochenblätter, Social Media, Auslagen in Apotheken und Arztpraxen, digitale Aushänge (Schwarzes Brett) in den Stadtteilen etc.

Verständliche Verwaltungssprache anwenden und Informationen mehrsprachig anbieten

Kommentar der Kernarbeitsgruppe

Einige Angebote wie bspw. der Familienwegweiser oder die Wegweiserin für Frauen und Mädchen in Lübeck werden bereits in gedruckter Version u.a. in Familienzentren, Kindertagesstätten, Nachbarschaftsbüros, Beratungsstellen der Familienhilfe/Jugendamt, Bürgerservicestellen, Arztpraxen und über die Willkommensbesuche verteilt. Auch eine persönliche Ansprache erfolgt bspw. im Rahmen des Sozialpsychiatrischen Dienstes oder bei Willkommensbesuchen durch Hebammen.

Das städtisch geförderte Projekt *Komm´Mit* bietet niedrigschwellige Sprach- und Kulturmittlung.

Eine Vielzahl von Flyern und der Webaufttritt der Hansestadt ist mehrsprachig abrufbar.

Es gilt zu beachten, dass Informationen in Leichter oder Einfacher Sprache auch für fremdsprachige Personen besser verständlich sind. Zudem sollte die technische Entwicklung – soweit (datenschutz-)rechtlich zulässig – mitgedacht werden, z.B. KI zum Übersetzen von schwer verständlicher Sprache in leichter verständliche Sprache.



Ü8 Handlungsoption „Erreichbarkeit von Angeboten – Mobilität und Hürden“

Erreichbarkeit von kulturellen, sportbezogenen und sozialen Angeboten sicherstellen, z.B. durch Förderung dezentraler und möglichst kostenfreier kultureller, sozialer und sportlicher Angebote im Quartier, das Schaffen von günstigen/kostenlosen öffentlichen Mobilitätsangeboten, Aufbau eines Begleitservice, intakte Fuß- und Verkehrswege etc.

Kommentar der Kernarbeitsgruppe

Einige armutsbetroffene Personen können sich Mobilitätsangebote nicht oder nur eingeschränkt leisten und erreichen in der Folge Angebote in anderen Stadtteilen nicht. Derzeit wird ein Prüfauftrag ([VO 2023/11903-01-01](#)) zur Einführung eines Sozialtickets von der Verwaltung bearbeitet.

Im Rahmen der Sozialgesetzbücher gibt es bspw. in der Jugendhilfe, Pflegeversicherung und Eingliederungshilfe begleitende Hilfen für den jeweils anspruchsberechtigten Personenkreis.

Im Bereich Soziale Sicherung werden Sprechstunden in Teilen bereits dezentral durchgeführt.

Preisliche Ermäßigungen für spezielle Zielgruppen werden bereits von vielfältigen Angeboten realisiert. Zudem bieten einige Stiftungen und Vereine Fördermöglichkeiten (z.B. Angebote des KulturTafel Lübeck e.V.).

Zudem sollte hier die bestehende [Kultur-](#) und [Sportentwicklungsplanung](#) berücksichtigt werden.

Ü9 Handlungsoption „Ehrenamtliche Unterstützung bei Antragsstellung“

Gewinnung, Förderung und Schulung ehrenamtlicher Engagierter zur Unterstützung von Einwohner:innen beim Stellen von Anträgen

Kommentar der Kernarbeitsgruppe

Als Vorbild kann hier z.B. die Formular-Ambulanz der Initiative Broilingplatz Lübeck e.V. gelten.

Es gilt zu beachten, ehrenamtliches Engagement nicht mit Erwartungen zu überlasten. Zudem sollte eine hauptamtliche Unterstützungsstruktur mitgedacht werden.

Es sollte zudem kritisch geprüft werden, unter welchen Voraussetzungen ehrenamtliche Beratung der hohen Komplexität sozialrechtlicher und verwaltungsbezogener Anforderungen und Prozesse gerecht werden kann und wo ihre Grenzen liegen.

Hier ist auch eine Verknüpfung mit Handlungsoption Ü1 „Quartiersmanagement“ denkbar.



Ü10 Handlungsoption „Bedarfsgerechter und bezahlbarer Wohnraum“

Ausreichend bezahlbaren und barrierefreien Wohnraum schaffen; bestehenden Wohnungsbestand modernisieren

Kommentar der Kernarbeitsgruppe

Der Wohnungsmarkt ist sowohl auf der Nachfrageseite als auch auf der Angebotsseite in einem stetigen Wandel. Die Auswirkungen des demographischen Wandels und Veränderungen bei den Haushaltsstrukturen führen zu einer sich stetig ändernden Nachfrage nach Wohnraum. Auch die Zuwanderung unterliegt starken Schwankungen. Die Angebotsseite reagiert jedoch eher träge auf diese veränderte Nachfrage. Aktuelle Trends müssen also möglichst frühzeitig erkannt werden, damit Angebot und Nachfrage nicht auseinandergehen. Der regelmäßige [Wohnungsmarktbericht](#) der Hansestadt Lübeck beleuchtet die Entwicklungen.

Für viele Menschen ist es eine Herausforderung, eine Wohnung in geeigneter Größe und Ausstattung zu finden. Besonders betroffen sind Menschen aus vulnerablen Bevölkerungsgruppen, beispielsweise Suchtkranke, Wohnungslose, Menschen im Bezug von existenzsichernden Leistungen, ältere Menschen, Menschen mit Behinderungen, Menschen mit Rassismuserfahrung oder Persons of Color.

Die kommunalen Steuerungsmöglichkeiten zur Schaffung von Wohnraum sind eingeschränkt. Per politischem Beschluss besteht in der Hansestadt Lübeck die Vorgabe, dass bei Neubauten mind. 30% geförderter Wohnraum geschaffen werden muss.



3.2 Zielgruppenspezifische Handlungsoptionen

Ältere Menschen

A1 Handlungsoption „Pflege im Quartier“

Aufbau einer quartierbezogenen pflegerischen Versorgung

Kommentar der Kernarbeitsgruppe

Auch im Rahmen der Diskussion um Handlungsempfehlungen für den [Pflegetebedarfplan 2017-2030](#) wurde die Idee quartiersbezogener Versorgungskonzepte eingebracht.

Dabei wurde die Erprobung neuer Modelle ambulanter Pflege (z.B. Buurtzorg) angeregt. Eine modellhafte Erprobung in einem Stadtteil/Quartier wäre ein denkbarer Weg. Voraussetzungen hierfür wären eine Angebots- und Bedarfsanalyse sowie eine Definition des Modellraumes. Ebenso wäre die Partizipation Betroffener, Anbieter, Pflegekassen und Kommune angezeigt, wobei ein Modellprojekt ohne Mitwirkung der Pflegekassen als größtem Kostenträger nicht umzusetzen wäre.

Als weitere Handlungsoptionen wurden Infoangebote zur Pflege für die Quartiere in analoger und digitaler Form sowie die bessere Koordination vorhandener Angebote benannt.

Von Bedeutung könnten in diesem Zusammenhang auch Quartiersmanager:innen bzw. Kümmer:innen in den Stadtteilen/Quartieren sein (siehe auch Handlungsoption Ü1).

Zudem soll in diesem Zusammenhang auf das Angebot der [Koordinationsstelle für innovative Wohn- und Pflegeformen im Alter und für Menschen mit Assistenzbedarf \(KIWA\)](#) für Schleswig-Holstein hingewiesen werden.



A2 Handlungsoption „Digitale Kompetenzen stärken“

Stärkung digitaler Kompetenzen älterer Menschen

Kommentar der Kernarbeitsgruppe

Hierzu gibt es bereits einen entsprechenden Bürgerschaftsbeschluss, der sich in der prozesshaften Umsetzung befindet ([VO/2021/10329-01-01](#)). Unter anderem werden in den kommunal geförderten 14 Senior:innen-Treffs verschiedener Wohlfahrtsverbände bereits vielfältige Angebote in den Stadtteilen vorgehalten.

Der Bürgerschaftsbeschluss beinhaltet einen erweiterten Fokus auf das *Gesamtkonzept Leben und Wohnen im Alter* mit der ergänzenden Dimension *Digitalisierung*. Der Auftrag ältere Menschen im Umgang mit digitalen Medien und dem Internet zu befähigen, empfiehlt neben der Suche nach geeigneten Schulungsträgern Studierende als Coaches einzusetzen.

Daraufhin wurde eine Arbeitsgruppe aus Vertretungen des Konzepts *Leben und Wohnen im Alter*, dem Bereich DOS (Social Smart City), der Gemeinwesenarbeit/ Nachbarschaftsbüros, Vertretungen der Freien Wohlfahrtsverbände und dem Senior:innenbeirat initiiert. Im Rahmen von Beteiligungsformaten und einer Fragebogen-Aktion erhielt die Arbeitsgruppe [erste Einblicke zum Nutzungsverhalten älterer Lübecker:innen](#). Als weiterer Schritt erfolgte die Erstellung einer Übersicht von Anlaufstellen für Senior:innen in den verschiedenen Lübecker Stadtteilen, die in der Smart City Plattform eingepflegt sind ([Digitale Unterstützung für Menschen im höheren Lebensalter - Rathaus \(luebeck.de\)](#)).

Die Einbindung von Studierenden erfolgt sukzessive durch Anbahnung einer Kooperation mit der Universität zu Lübeck (Institut für Gesundheitswissenschaften). Erste Schritte fanden im Austausch mit Studierenden zum Thema *Zugänge und Vermittlung digitaler Kenntnisse für ältere Personen durch ehrenamtliche Helfer:innen* statt. Hierzu befragten Studierende die Ehrenamtlichen in Gruppeninterviews, um die Ergebnisse wissenschaftlich aufzubereiten. Die Fragestellungen berühren u.a. die Themen Digitale Souveränität und Bedien-, Gestaltungs- und Orientierungskompetenz. Weitere Schritte bestehen in konkreten Überlegungen, wie Studierende verschiedener Sektionen der Universität zu Lübeck im Rahmen der Studienverlaufspläne durch studienintegrierte Vermittlungsangebote von Digitalkenntnissen für Senior:innen Leistungspunkte als anerkannte Credit Points erlangen könnten.

Eine Wissensvermittlung zum Thema *Digitalisierung* erfolgt überdies in der VHS Lübeck über Bildungskurse wie bspw. in kostenfreien Angeboten im Rahmen der Grundbildung *Arbeit am Computer von Anfang* oder (gebührenpflichtigen) Smartphone-Kursen. Zudem bietet die Seniorenakademie Lübeck für die Zielgruppe der älteren Personen ein breites Spektrum an Bildungsangeboten rund um die Digitalisierung an, die sowohl kostenfreie als auch kostenpflichtige Kurse beinhaltet.

Zudem sei auf das [Projekt Digital für alle](#) hingewiesen, in dessen Rahmen gebrauchte digitale Geräte aufbereitet und an sozial benachteiligte Personen verteilt werden.



A3 Handlungsoption „Gemeinschaftliches Wohnen fördern“

Formen des gemeinschaftlichen Wohnens für ältere Menschen stärken

Kommentar der Kernarbeitsgruppe

Die [Koordinationsstelle für innovative Wohn- und Pflegeformen im Alter und für Menschen mit Assistenzbedarf \(KIWA\)](#) für Schleswig-Holstein hält ein landesweites Angebot bereit. Für die Förderung gemeinschaftlichen Wohnens gibt es in Lübeck keine eigene Anlaufstelle.

Diese Handlungsoption könnte ggf. auch auf weitere Zielgruppen ausgeweitet werden.

A4 Handlungsoption „Ein Brief von der Stadt“

Anschreiben der Stadt an Einwohner:innen, die vor Übergang in die Nacherwerbsphase übergehen mit Informationen und Beratungsangebot

Kommentar der Kernarbeitsgruppe

Die Anschriften des Bürgermeisters an die ältere Generation im Rahmen des Fahrdienstes zum Impfzentrum während der Corona-Pandemie sind auf sehr positive Resonanz gestoßen. Es gab viele Rückmeldungen, dass ältere Bürger:innen sich in ihren Sorgen wahrgenommen fühlten. Ein Anschreiben zum Übergang in die Nacherwerbsphase hätte einen anderen Hintergrund und keinen konkreten Anlass. Es müsste vorab betrachtet werden, ob dies datenschutzrechtlich zulässig und vom Personenkreis überhaupt gewünscht ist.



A5 Handlungsoption „Prävention im Alter und Einsamkeit begegnen“

Präventive Angebote für ältere Menschen ausbauen und Angebote fördern, die dem Thema Einsamkeit wirkungsvoll begegnen

Kommentar der Kernarbeitsgruppe

Parallel zur Erarbeitung der Handlungsoptionen für den vorliegenden Armuts- und Sozialbericht hat die Lübecker Bürgerschaft im Rahmen der Behandlung des Haushalts 2024 die Verstetigung bzw. Ausweitung der Präventiven Hausbesuche beschlossen ([VO 2023/12437-02-01](#)). Die Umsetzung ist aktuell in Bearbeitung. Nachfolgend einige inhaltliche Informationen:

Das Lübecker *Konzept Leben und Wohnen im Alter* zeigt die Notwendigkeit auf, das zentrale Thema *Wohnen* zwingend in ein Netz unterschiedlichster und aufeinander abgestimmter Infrastruktur-, Beratungs-, Unterstützungs-, Kommunikations- und Präventionsangebote einzubinden. Ein strategischer Baustein des Konzeptes stellt die *Gesamtstrategie Prävention im Alter* dar. Als vorgeschaltetes Instrument unterscheidet sich Prävention deutlich von den tradierten Beratungs- und Unterstützungsleistungen und grenzt sich von der Krisenintervention zur Vermeidung unerwünschter Entwicklungen klar ab. Wesentliche Elemente der Präventiven Hausbesuche für Senior:innen bestehen in der Freiwilligkeit: Sie erfolgen ohne Anlass, sind konzipiert als aufsuchendes Angebot in der Häuslichkeit und bieten individuelle Informationen und Sensibilisierung für alle Fragestellungen des Älterwerdens und Wegweisung zu bestehenden Angeboten vor Ort.

Als dreijähriges Modellprojekt wurde das Präventionsangebot im Stadtteil Moisling erprobt, von der Caritas Lübeck umgesetzt und von der Forschungsgruppe Geriatrie Lübeck evaluiert. In einem Verlängerungsjahr konnte das Angebot auf angrenzende Stadtteile ausgeweitet werden.

Nachgefragte Themen der Hausbesuche bestanden u.a. in Informationen zu allgemeinen Beratungs- und Unterstützungsangeboten und Möglichkeiten für soziale Kontakte.

Mit der Etablierung Präventiver Hausbesuche als verstetigte Regelleistung im Rahmen der Daseinsvorsorge wird es erforderlich sein, ältere isoliert und zurückgezogen lebende Menschen seitens der Hansestadt Lübeck über das Angebot zu informieren, um diesen Personengruppen eine Brücke zur Inanspruchnahme des Präventionsangebots zu bauen.

Zum Thema Teilhabe/ Vermeidung von Einsamkeit: Vier Träger erhalten vom Bereich Soziale Sicherung im Rahmen von Budgetverträgen Mittel für den Betrieb von Treffs für älter werdende Menschen. Insgesamt gibt es aktuell 14 Treffs in den Stadtteilen. Die Ausschreibung eines weiteren Treffs ist aktuell in Vorbereitung (Haushaltsbegleitbeschluss ([VO 2023/12437-02-01](#))). Zudem gibt es kirchliche Angebote und das Mehrgenerationenhaus Eichholz (dort ist auch einer der o.g. Treffs eines Trägers verortet).

Hingewiesen sei auch auf die [Strategie der Bundesregierung gegen Einsamkeit](#).



Junge Menschen

B1 Handlungsoption „Fähigkeit zur Selbstorganisation stärken“

Kindern und Jugendlichen in Jugendtreffs und -clubs verstärkt anbieten, Teile des Angebots selbstorganisiert durchzuführen; Befähigung und Empowerment der Kinder und Jugendlichen zur Übernahme dieser Aufgabe

Kommentar der Kernarbeitsgruppe

Die Hansestadt Lübeck fördert die offene Kinder- und Jugendarbeit an 17 Standorten im gesamten Stadtgebiet. Jeder Stadtteil verfügt über mindestens eine Einrichtung der Jugendarbeit. Im Rahmen der Jugendhilfeplanung wird wiederkehrend der Bestand mit den Bedarfen abgeglichen und im Jugendhilfeausschuss berichtet (u.a. [VO/2022/11130](#)).

Die Jugendzentren wirken auf die Selbst- und Mitbestimmung junger Menschen hin. Angebote werden entsprechend den Bedürfnissen, Wünschen und Interessen der jungen Menschen gestaltet. Darüber hinaus beteiligt die Hansestadt Lübeck junge Menschen auf vielfältige Art und Weise bei der Planung ihrer Maßnahmen und verhilft Kindern und Jugendlichen ihren Anliegen Gehör zu verschaffen. Im Konzept zur Kinder- und Jugendbeteiligung werden die Ansätze und Methoden beschrieben, beispielsweise die Stadtweilwerkstätten, bei denen alle Fachbereiche der Hansestadt eingebunden werden ([VO/2020/09018-03](#)).

Die Angebote der Kinder- und Jugendarbeit sind kostenlos und können ohne Anmeldung besucht werden. Sie erreichen damit insbesondere junge Menschen, die von Armut betroffen oder bedroht sind. Beratungs- und Unterstützungsangebote werden den Kindern und Jugendlichen entsprechend ihrer Bedarfe und in enger Kooperation mit den anderen Leistungsfeldern der Kinder- und Jugendhilfe in Lübeck gemacht.

B2 Handlungsoption „Schule am Nachmittag“

Angebote an Schulen am Nachmittag stärken

Kommentar der Kernarbeitsgruppe

Der Bedarf an Betreuung im Ganztags an Schule wird fortlaufend erhoben und der Bestand an Plätzen entsprechend ausgebaut. Die Hansestadt Lübeck kann bereits eine hohe Betreuungsquote von 74 % in Grundschulen vorweisen. Ein weiterer Ausbau ist mit Blick auf den geplanten Rechtsanspruch ab dem Schuljahr 2026/27 geplant ([VO/2022/11056](#)).

Die qualitative und konzeptionelle Stärkung der Angebote erfolgt in einem engen Austausch mit den Trägern des Ganztags an Schule. In regelmäßigen Arbeitsgruppen werden Methoden und Konzeptionen diskutiert sowie sich zu Beispielen guter Praxis ausgetauscht.

Familien, die von Armut betroffen oder bedroht sind, können einen Antrag auf Ermäßigung über den Bildungsfonds stellen. Außerdem wird eine Geschwisterermäßigung gewährt.



B3 Handlungsoption „Inklusive Begegnungsmöglichkeiten“

Inklusive Begegnungsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche schaffen; Aktivitäten von Kindern und Jugendlichen in Vereinen stärken

Kommentar der Kernarbeitsgruppe

Die Hansestadt Lübeck verfolgt das Ziel, dass jungen Menschen mit und ohne Behinderung eine möglichst große Teilhabe am gesellschaftlichen Leben haben. Hierzu gibt es in den betroffenen Bereichen eine Vielzahl von konkreten Maßnahmen und Projekten. Zusätzlich wird die Jugendhilfeplanung durch eine neue Stelle mit dem Schwerpunkt Inklusion verstärkt (vgl. Bericht zum Fachtag der AG 78 „All Inclusive?!“; [VO/2023/12825](#)).

Der Bereich Jugendarbeit hat mit einem großen Fachtag im Jahr 2022 den Auftakt für eine inklusivere offene Kinder- und Jugendarbeit zusammen mit den Trägern der freien Jugendhilfe gemacht. Seitdem wird weiter an Modellen zu inklusiven Angeboten gearbeitet sowie an Beispielen guter Praxis gelernt. Es soll eine Infrastruktur geschaffen werden, bei der junge Menschen mit und ohne Behinderung alle Angebote nach eigenem Wunsch besuchen können. Dafür braucht es ein flexibles Modell, das bedarfsgerecht die jungen Menschen unterstützt, während gleichzeitig großflächig Hürden abgebaut werden.

Die Bereiche Schule und Sport und Städtische Kindertageseinrichtungen setzen – gemeinsam mit dem Turn- und Sportbund Lübeck – seit Mitte 2022 die inklusive Idee „Gemeinsam bewegen - von Klein bis Groß“ um. Rund um die Kindertagesstätte/das Familienzentrum Schaluppenweg gibt es seitdem niedrigschwellige, barrierefreie Sport- und Bewegungsangebote für Kinder und ihre Familien. Außerdem werden Aktionstage veranstaltet, die inklusive Sport- und Bewegungsangebote der Lübecker Sportvereine und anderer Akteure sichtbar und bekannter machen und Möglichkeiten für das Zusammenwirken unterschiedlicher Menschen aufzeigen. Der Aufbau und die Stärkung von Netzwerken und Partnerschaften für den inklusiven Sport und die Qualifizierung von Übungsleiter:innen der Sportvereine und pädagogischen Fachkräften der Kitas auf dem Gebiet der Inklusion runden die Idee ab.



B4 Handlungsoption „Gemeinsame Fallkonferenzen“

Gemeinsame quartiersbezogene Fallkonferenzen im Rahmen der Jugendhilfe

Kommentar der Kernarbeitsgruppe

In Familien, in denen eine dem Wohl des Kindes oder des Jugendlichen entsprechende Erziehung nicht gewährleistet ist, können eine Hilfe zur Erziehung erhalten, insofern diese Hilfe für die Entwicklung des jungen Menschen notwendig und geeignet ist. Die Familien werden durch den Allgemeinen Sozialen Dienst (ASD) betreut. Der ASD ist sozialräumlich in 5 Beratungsstellen organisiert, um Wege für Familien zu verkürzen und die quartiersbezogene Vernetzung zu stärken:

- Buntekuh und Moising,
- St. Getrud und Innenstadt,
- St. Jürgen,
- Kücknitz und Travemünde,
- St. Lorenz Nord und Süd.

Unabhängig von den Einzelfällen vernetzen sich die Fachkräfte des ASD im Sozialraum u.a. über die Teilnahme an Netzwerktreffen und bauen Kooperationen auf. In der Einzelfallarbeit werden Ressourcen im Sozialraum genutzt, um auf Hilfe zur Selbsthilfe hinzuwirken. Im Rahmen der Hilfeplangespräche können Akteur:innen aus dem Umfeld (Nachbarschaft, Verwandtschaft usw.) eingebunden werden.



B5 Handlungsoption „Nachbarschaftsbüros und Familienzentren weiterentwickeln“

Ausbau der sozialraumorientierten Arbeit von Nachbarschaftsbüros und Familienzentren

Kommentar der Kernarbeitsgruppe

Die Hansestadt Lübeck verfügt über 5 Nachbarschaftsbüros (NBB), die dem Bereich Jugendarbeit zugeordnet sind. Neben der Sozialberatung ist ein Schwerpunkt die Gemeinwesenarbeit, in deren Mittelpunkt die Vernetzung und Kooperation mit Akteur:innen aus dem Quartier steht. Die Standorte und Arbeitsweise der NBB haben sich bewährt und werden von den Klient:innen als wertvoll wahrgenommen. Gleichzeitig zeigen sich Potentiale, die Bedarfe in anderen Quartieren, insbesondere mit überdurchschnittlichen sozialstrukturellen Belastungslagen, zu prüfen.

In Lübeck befinden sich 18 Standorte der Familienzentren. Sie bieten an bestehenden Kindertagesstätten Kurse, Gruppenangebote und Beratung zur Familienbildung an. Schwangere, Mütter, Väter und Familienangehörige finden unbürokratische Orientierungshilfe und können an vielfältigen, in der Regel kostenfreien Angeboten der Familienbildung teilnehmen. Die Programme der Familienzentren richten sich nach den Bedürfnissen der Familien in ihrem Umfeld aus, Anregungen werden gern entgegengenommen. Dieses Beratungs- und Unterstützungsangebot kommt insbesondere ressourcenschwachen Familien zu Gute und werden gezielt beworben.

B6 Handlungsoption „Ausbau von Betreuungsangeboten“

Qualifizierte Erweiterung der Betreuungsangebote von Kita und Ganztags an Schule – nicht nur die Platzzahl betreffend, sondern auch hinsichtlich der Beratungs- und Unterstützungsbedarfe der Familien; ganzheitliche Betrachtung der Bedarfe bspw. auch unter Berücksichtigung von Sprach- und Gesundheitsförderung; Schaffen inklusiver Rahmenbedingungen

Kommentar der Kernarbeitsgruppe

Unter B1 und B2 wurden bereits die Leistungen der offenen Kinder- und Jugendarbeit sowie des Ganztags an Schule skizziert. In beiden Leistungsfeldern findet ein kontinuierlicher Abgleich von Bedarf und Bestand statt, der regelmäßig den kommunalpolitischen Gremien berichtet wird. Die Weiterentwicklung der Qualität und Abstimmung der Angebote aufeinander erfolgt im Rahmen der Arbeitsgruppen gem. § 78 SGB VIII in partnerschaftlichen Zusammenarbeit von Hansestadt Lübeck und den Trägern der freien Jugendhilfe bzw. des Ganztags.



B7 Handlungsoption „Hausaufgabenhilfe“

Schaffen von Angeboten wohnortnaher Hausaufgabenhilfe, die Ruhe, Platz und Unterstützung für Kinder und Jugendliche sicherstellt

Kommentar der Kernarbeitsgruppe

Jungen Menschen werden am Nachmittag unterschiedliche Angebote durch die Hansestadt Lübeck gemacht, die die Entwicklung einer selbstbestimmten und eigenverantwortlichen Persönlichkeit unterstützen. Gleichzeitig wird damit die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für die Eltern unterstützt. Im Ganztage an Schule wird eine Hausaufgabenbetreuung flächendeckend angeboten. Eine besondere Lernförderung in Kooperation mit der VHS Lübeck und dem Jobcenter findet z.Zt. an 4 Schulstandorten statt. Potentiale werden seitens der Hansestadt insbesondere bei der Lernförderung von Kindern und Jugendlichen gesehen. Junge Menschen, die in Armut leben oder davon bedroht sind, würden von solchen Angeboten profitieren.

B8 Handlungsoption „Mahlzeiten für alle jungen Menschen“

Bereitstellen von kostenlosen Mahlzeiten für Kinder und Jugendliche

Kommentar der Kernarbeitsgruppe

Die Hansestadt Lübeck verfolgt das Ziel, allen jungen Menschen in Betreuung ein gesundes und nachhaltiges Ernährungsangebot in Kitas und im Ganztage an Schule zu machen.

Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene, die Leistungen der Grundsicherung für Arbeitssuchende nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch („Bürgergeld“), Sozialhilfe nach dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch, Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz erhalten oder deren Eltern für sie den Kinderzuschlag oder Wohngeld bekommen, haben einen individuellen Rechtsanspruch auf Leistungen für Bildung und für Teilhabe. Hier können u.a. die Kosten für die Teilnahme an der gemeinschaftlichen Mittagessensverpflegung in Schule, Kita und Kindertagespflege übernommen werden.

Familien, deren Einkommen knapp oberhalb der gesetzlichen Einkommensgrenzen der genannten Sozialleistungen liegt, können über ein vereinfachtes Verfahren eine freiwillige Förderung der Mittagsverpflegung aus dem [Lübecker Bildungsfonds](#) beantragen.

Eine allgemeine Kostenfreiheit in der Mittagsversorgung ist mit massiven Kosten verbunden, die den Gestaltungsraum an anderer Stelle einschränkt. Diese Maßnahme wäre außerdem nicht zielgerichtet, da auch Familien mit mittleren und hohen Einkommen von einer kostenlosen Versorgung profitieren würden. Die Maßnahme erscheint der Hansestadt Lübeck daher nicht als angemessen, um die Teilhabe junger Menschen in der Ganztagsbetreuung zu fördern.



4 Fazit und Ausblick

Während sich [der erste Teil des Armuts- und Sozialberichts 2022](#) mit einer ausführlichen Datenanalyse zur sozialen Entwicklung in Lübeck beschäftigte, verfolgt der vorliegende zweite Teil einen handlungsorientierten Ansatz. Im Rahmen von vier Workshops zu unterschiedlichen Schwerpunkten wurden durch das Begleitgremium des Armuts- und Sozialberichts sowie weiteren Akteur:innen der Stadtgesellschaft Handlungsoptionen zur Weiterentwicklung der sozialen Daseinsvorsorge erarbeitet. Diese wurden nun zusammengetragen, sortiert und durch die Kernarbeitsgruppe des Berichts kommentiert.

Workshopübergreifend wurde deutlich, wie komplex, vielschichtig und herausforderungsvoll die Analyse und Gestaltung sozialer Entwicklungen sind. Zudem zeigten sich vielfältige Ambivalenzen. So wurde beispielsweise in den Workshops festgehalten, dass einerseits bereits zahlreiche Angebote zur Verhinderung, Linderung und Lösung sozialer Probleme bestehen – andererseits jedoch trotz aller Anstrengungen weiterhin deutlich erkennbare und in einigen Bereichen größer werdende Bedarfslagen beobachtbar sind. Ebenfalls mehrdeutig stellten sich die diesbezüglichen kommunalen Steuerungsmöglichkeiten dar: Während hier auf der einen Seite Bundes- und Landespolitik einen klaren Rahmen setzen, kann auf der anderen Seite über die Gestaltung der städtischen Daseinsvorsorge in Teilen Einfluss genommen werden.

Sich dieser Komplexität, Vielschichtigkeit und Ambivalenzen bewusst haben die Teilnehmenden der Workshops vielfältige Ideen zur Weiterentwicklung der sozialen Daseinsvorsorge diskutiert und zusammengetragen.

In der Zusammenschau der Workshops ist auffällig, dass themenübergreifend insbesondere die Stärkung sozialraumorientierter Angebote und der Aufbau eines kleinräumigen Quartiersmanagements empfohlen wurden. Durch die Aktivierung und Vernetzung der Quartiersbewohner:innen und Organisationen vor Ort könnten kleinräumige Bedarfe erhoben und soziale, ökonomische, bauliche sowie politische Entwicklungspotenziale im Quartier wirkungsvoller gehoben werden. In den Workshops wurde in diesem Zusammenhang jedoch auch offen problematisiert, dass eine sozialräumlich orientierte und dezentralisierende Weiterentwicklung der Angebotsstruktur u.a. mit einem Ausbau personeller Ressourcen einhergehen müsste, was in Zeiten des demografischen Wandels und des Fachkräftemangels eine besondere Herausforderung darstellt. Zudem sollte bei der Betrachtung und dem Zuschnitt von städtischen Teilräumen stets die kleinräumige Verfügbarkeit statistischer Daten mitgedacht werden. Nur dann können die qualitativen Erhebungsmethoden des Quartiersmanagements mit den quantitativen Daten der amtlichen Statistik sinnvoll zusammenwirken.

Grundsätzlich festgehalten wurde, dass bei der Bekämpfung von Armutsfolgen die Prävention der Armutsursachen nicht aus dem Blick geraten darf. Der längerfristige Bezug geringer Einkommen erhöht die Wahrscheinlichkeit einer Armutsgefährdung auch haushaltsangehöriger junger Menschen und steigert perspektivisch die Gefahr der Altersarmut. Auch die mehrheitlich von Frauen übernommene unbezahlte Sorgearbeit – beispielsweise die Erziehung und Pflege von Familienangehörigen – gilt als Armutsrisiko.



Bei der Betrachtung von Armutsrisiken sind die Diversität der Lübecker Einwohner:innen und ihre vielfältigen Lebenslagen zu berücksichtigen. Insbesondere Alleinerziehende und ihre Kinder, um ihr wirtschaftliches Überleben kämpfende Personen in prekärer Selbstständigkeit, pflegende Angehörige sowie ältere Menschen gelten als besonders gefährdete Risikogruppen.

Die beteiligungsorientierten Workshop-Formate ermöglichten es, vielfältige Expert:innen und Akteur:innen zu Wort kommen zu lassen, ihre Perspektiven auf die soziale Entwicklung der Stadt zu beleuchten und in einem offenen Diskussionsprozess Ideen zur Weiterentwicklung zu sammeln. Für die zukünftige Gestaltung des sozialen Informations- und Berichtswesens der Hansestadt Lübeck wurde die Implementierung weiterer Beteiligungsformate und auch die unmittelbare Partizipation sozial benachteiligter Menschen angeregt.

Im Ergebnis ist mit den nun vorliegenden Handlungsoptionen ein „offener Werkzeugkasten“ entstanden, der kommunalpolitische Vertreter:innen und weitere zivilgesellschaftlich Engagierte einlädt, die darin enthaltenen Anregungen aufzugreifen, weiter zu diskutieren und ggf. zu konkreten Maßnahmenvorschlägen weiterzuentwickeln.



Anhang

Dokumentation der Workshops

Dokumentation Workshop 1: Ältere Menschen	28
Dokumentation Workshop 2 : Digitale Sozialplanung	34
Dokumentation Workshop 3: Junge Menschen in Armut	38
Dokumentation Workshop 4: Potenziale im Sozialraum	44



Dokumentation Workshop 1: Ältere Menschen

von Matthias Wulf und Gabriele Beier

Der Workshop „Ältere Menschen“ wurde im Rahmen einer Sondersitzung der Steuerungsrunde *Leben und Wohnen im Alter* am 12.06.2023 als Beteiligungsformat durchgeführt. In der Steuerungsgruppe sind Wohlfahrtsverbände, Interessenvertretungen, Politik, Wohnungswirtschaft und Verwaltung vertreten und begleiten seit über 10 Jahren die prozesshafte Umsetzung des Gesamtkonzeptes *Leben und Wohnen im Alter – Älterwerden in Lübeck*. In der Folgesitzung der Steuerungsrunde *Leben und Wohnen im Alter* am 27.11.2023 wurden die Ergebnisse des o.g. Workshops nochmals vorgestellt, diskutiert und punktuell ergänzt.

Einführung

Zunächst erfolgte eine Betrachtung, welche Angebote und Hilfen im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben und der kommunalen Daseinsvorsorge es bereits für den konkreten Einzelfall bzw. im Rahmen von Prävention, Teilhabe, Vernetzung, Konzepten etc. zur Vermeidung bzw. Linderung sozialer Notlagen gibt. Es sind Angebote bzw. Aktivitäten genannt, die die HL selbst vorhält, sowie Angebote, die von den Freien Wohlfahrtsverbänden vorgehalten werden, zudem beispielhaft andere gemeinnützige Angebote.

Hinweis: Diese Aufzählung ist nicht abschließend.



Gesamtbetrachtung Älterwerden in Lübeck

Welche kommunalen Aktivitäten gibt es mit Blick auf die Gesamtbetrachtung Älterwerden in Lübeck?

- Prozesshafte Umsetzung Gesamtkonzept Leben und Wohnen im Alter (LWA) - ganzheitliche Betrachtung des Älterwerdens in Lübeck, Themenschwerpunkte u.a, Teilhabe, Pflege, Stärkung digitale Kompetenz, Prävention, finanzielle Hilfen etc.)
- Steuerungsrunde Leben und Wohnen im Alter als wichtiges gemeinsames Steuerungsinstrument mit Wohlfahrtsverbände, Interessenvertretungen, Politik, Wohnungswirtschaft und Verwaltung
- Budgetverträge und Zielvereinbarungen mit den Wohlfahrtsverbänden/Offene
- Altenhilfe
- Sozialplanung
- Pflegebedarfsplan (u.a. Handlungsempfehlung: Projekt quartierbezogene Versorgungsstrukturen erproben)
- Pflegekonferenz
- Gesundheitsbericht 2015 - 2021
- Seniorenbeirat als Interessensvertretung

Finanzielle Hilfen

Welche finanziellen Hilfen können ältere Menschen bei der Kommune/Bereich Soziale Sicherung beantragen?

- Grundsicherung im Alter
- Hilfe zur Pflege
- Wohngeld

Siehe hierzu auch Punkt *Beratung, Unterstützung und ggf. Vermittlung von Hilfen* und die Aufgabe der Beratungsstelle für Erwachsene und Senioren.

Zudem gibt es Ermäßigungsmöglichkeiten mit der LÜBECKCARD und bei der KulturTafel Lübeck e.V.

Thema Wohnen

Zum Thema Wohnen kann beim Bereich Soziale Sicherung ein Antrag auf Wohnberechtigungsschein/Wohnungsvermittlung gestellt werden, um so ggf. Zugang zu gefördertem Wohnraum zu erhalten. Auch können Anträge auf Wohngeld gestellt werden (s.o.).

Im Rahmen des geförderten Wohnungsbaus weist der Bereich Soziale Sicherung bei neuen Bauvorhaben in den Stellungnahmen auf die Erfordernisse barrierefreier bzw. altengerechter Wohnungen sowie den zunehmenden Bedarf kleinerer Wohneinheiten (Singularisierung) hin. Der Verein Wohnberatung „Wohnen im Alter“ e.V. berät kostenfrei zum Thema Wohnraumanpassung, wenn z.B. aufgrund von Pflegebedürftigkeit Anpassungen erforderlich sind. Zudem werden in der Ausstellungsräumen ergänzende Sprechzeiten angeboten; z.Z. von der Beratungsstelle für Erwachsene und Senior:innen, vom Pflegestützpunkt, Betreuungsverein und Senior:innenbeirat.



Nachtrag: Seit Jahresbeginn 2024 bietet die Wohngeldbehörde einen monatlichen Beratungs- und Antragservice auch in St. Lorenz Süd in den Räumen der Wohnberatung an.

Beratung, Unterstützung und ggf. Vermittlung von Hilfen

Wesentlichere Aspekte bei der Vermeidung bzw. Linderung sozialer Notlagen sind Beratung, Unterstützung und ggf. Vermittlung von Hilfen

Der Bereich Soziale Sicherung hält mit der Beratungsstelle für Erwachsene und Senioren einen allgemeinen Sozialdienst vor, der im Schwerpunkt ältere Menschen berät und unterstützt. U.a. erfolgt auch routinemäßige Abklärung der finanziellen Situation im Rahmen der zum großen Teil aufsuchenden Sozialarbeit.

Der Pflegestützpunkt ist ein Angebot von Kommune, Land und Pflegekassen (u.a. Beratung der Betroffenen, Unterstützung und Entlastung für pflegende Angehörige).

Weitere Angebote stellen die bereits genannte Wohnberatung „Wohnen im Alter“ e.V. (u.a. Wohnraumanpassung, Beratung hinsichtlich möglicher Übernahme der Kosten)

und der Verein für Betreuung und Selbstbestimmung in Lübeck e.V. dar.

Informationen, Wegweisung und Prävention

Besondere Bedeutung haben auch Informationen und Wegweisung zu möglichen weitergehenden Hilfen.

Hier sind die kommunalen Angebote der Beratungsstelle für Erwachsene und Senioren und des Pflegestützpunktes sowie Angebote des Seniorenbeirats, der Freien Wohlfahrtsverbände mit 13 Treffs in den Stadtteilen im Rahmen der Offenen Altenhilfe und auch das Projekt Broilingplatz als beispielhaftes, quartiersbezogenes, partizipatives, niedrigschwelliges Angebot z.B. Teilhabe, Formularambulanz, Nachbarschaftshilfe, selbstorganisierte Gruppen) genannt.

Zudem ist eine Bündelung und Ausbau kostenfreier Angebote für Ältere zur Nutzung digitaler Medien in Kooperation mit den beteiligten Akteur:innen erfolgt und auf der Lübeck-Seite niedrigschwellig abrufbar.

Auch im abgeschlossenen vierjährigen Modellprojekt Projekt Präventive Hausbesuche erfolgten bei Bedarf gezielte Infos und Wegweisungen, um soziale Notlagen zu verhindern oder zu lindern. Aktuelle wird die Verstetigung der Präventiven Hausbesuche vorbereitet.

Öffentlichkeitsarbeit

Wichtige kommunale Aufgabe ist die Öffentlichkeitsarbeit, bei der in verschiedenen Formaten auf die Angebote im Rahmen der Daseinsvorsorge hingewiesen wird. Hierzu zählen u.a.

- Informationstag Älterwerden in Lübeck
- Teilnahme Runde Tische, Veranstaltungen etc.
- Podcastreihe „Älterwerden in Lübeck“ OK
- Werbung für die "Wohngeld-Sprechstunden" in den Stadtteilen



- Internetauftritt HL „Älterwerden in Lübeck“
- Smart City Plattform
- Montagsvorträge HGH
- Thematische Inputs bei Stadtteilkonferenzen etc.

Auch die Freien Wohlfahrtsverbände und der Seniorenbeirat leisten in diesem Zusammenhang wertvolle Öffentlichkeitsarbeit im Rahmen ihrer jeweiligen Aufgaben.

Teilhabe zur Vermeidung von Vereinsamung.

Ein wesentlicher Punkt ist mit Blick auf die hohe Zahl alleinlebender älterer Menschen die Sicherstellung der Teilhabe zur Vermeidung von Vereinsamung.

Hier halten die Freie Wohlfahrtsverbände im Rahmen der Budgetverträge wesentliche Angebote vor

- Dezentrale Angebote der Offenen Altenhilfe (13 Treffs in den Stadtteilen) u.a. aktuell ein Schwerpunkt: Stärkung digitale Teilhabe älterer Menschen
- Besuchs- und Begleitdienste
- Reisen ohne Koffer

Der Bereich Soziale Sicherung organisiert selbst die Sonnentage sowie den Herbstmarkt der Hobbykünstler:innen im HGH.

Zudem gibt es weitere Angebote für ältere Menschen in Kirchengemeinden, gemeinnützigen Vereinen/Verbänden und Bildungsangebote u.a. von der Seniorenakademie an St. Marien.

Netzwerkarbeit

Voraussetzung für alle vorgenannten Punkte ist eine funktionierende Netzwerkarbeit zwischen Kommune, Freien Trägern, Interessenvertretungen, Wohnungswirtschaft etc. Dies auch im Sinne eines „Frühwarnsystems“, damit bei Kenntnis von Notlagen zeitnah und gezielt auf adäquate Hilfs- und Unterstützungsangebote verwiesen werden kann.

Wichtig in diesem Zusammenhang auch die Teilnahme an Stadtteilkonferenzen.



Ergebnisse der Diskussion zu weitergehenden Handlungsempfehlung

In der Sondersitzung der Steuerungsrunde *Leben und Wohnen im Alter* wurden folgende weitergehende Handlungsempfehlungen benannt. Es wurde dabei deutlich ein Schwerpunkt bei quartiersnahen Angeboten gesehen:

Grundsätzliche Stärkung quartiersbezogener Angebote

- Präventionsangebote
- Kümmerer bzw. Kümmerin im Stadtteil (Anmerkung: Hierzu gibt es einen Antrag im Landtag der in diese Richtung geht, [Landtag Drucksache 20/629](#))
- Beratungs- und Unterstützungsangebote bzw. Sprechstunden auch in den Stadtteilen (dies nicht nur für ältere Menschen)
- Quartiersbezogene pflegerische Versorgung
- Grundsätzlich generationsübergreifende Angebote in den Quartieren stärken

Thematische Schwerpunkte der Angebote

- Finanzielle Hilfen
- Wohnen
- Teilhabe
- Pflege

Schulung ehrenamtlicher Mitarbeiter:innen der Offenen Altenhilfe

- Anträge werden u.a. nicht gestellt, da ältere Menschen teilweise mit Antragsstellung überfordert sind
- Unterstützung bei Antragstellung sozialer Leistungen
- Beispiel Formular-Ambulanz Brolingplatz

Stärkung digitale Kompetenz älterer Menschen

- Bedarf wurde während der Pandemie sehr deutlich
- Anmerkung: U.a. in den 13 Seniorentreffs gibt es bereits viele Angebote; die Umsetzung eines entsprechenden Bürgerschaftsbeschlusses läuft bereits



Gesamtschau und –Betrachtung durch Sozialplanung zur bessere Angebotssteuerung

- Bedarfsgerechte Steuerung und schnelleres Erkennen von Angebotslücken

Smart City Plattform

- Stadtteilbezogene Visualisierung der vorhandenen Angebotsstruktur
- Niedrigschwelliges Angebote mit leichter Handhabung für ältere Menschen aber auch Angehörige

Ergänzende Empfehlungen

- Erreichen älterer Personen mit Migrationsgeschichte
- Gemeinschaftliches & bezahlbares Wohnen für ältere Menschen
- Anschreiben von der Stadt vor Übergang in die Nacherwerbsphase



Dokumentation Workshop 2 : Digitale Sozialplanung

von Eric Zschech

„Gemeinsam aus Daten Taten machen!“

Rahmen



Foto 1: Besprechungsraum im Verwaltungszentrum Mühlentor

Am 20.09.2023 fand im Verwaltungszentrum Mühlentor der Workshop „Digitale Sozialplanung: Der Weg ins Internet“ statt. Insgesamt 20 engagierte Personen aus der Stadtgesellschaft meldeten sich zur Veranstaltung an, darunter Vertreter:innen

- der politischen Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU, FDP, SPD & Freie Wähler, Unabhängige-Volt-Partei
- des Arbeitskreises Soziales
- des Forums für Migrant:innen
- des Beirats für Senior:innen
- der freien Wohlfahrtspflege
- der Hansestadt Lübeck, und zwar in Funktion des Frauenbüros, des Bereichs Digitalisierung, Organisation und Strategie und des Fachbereichs Wirtschaft Soziales



Zielsetzung

Der Workshop zielte zum einen darauf ab, die Teilnehmenden über Entwicklungen der digitalen Sozialplanung und das von der Bürgerschaft beschlossene Konzept zum Aufbau einer Strategischen Sozialplanung im Bereich Soziale Sicherung (VO/2023/11779) zu informieren. Zum anderen sollte in der Veranstaltung ermittelt werden, welche Erwartungen die teilnehmenden Vertreter:innen der Stadtgesellschaft an ein digitales Sozialplanungsportal der Hansestadt Lübeck haben. Ein frühzeitiges Einbinden zukünftiger Nutzer:innen soll sicherstellen, dass das Sozialplanungsportal bedarfsgerechte Funktionen und Lösungen bereithält, die für die Praxis der sozialen Daseinsvorsorge einen hilfreichen Mehrwert bietet.

Durchführung

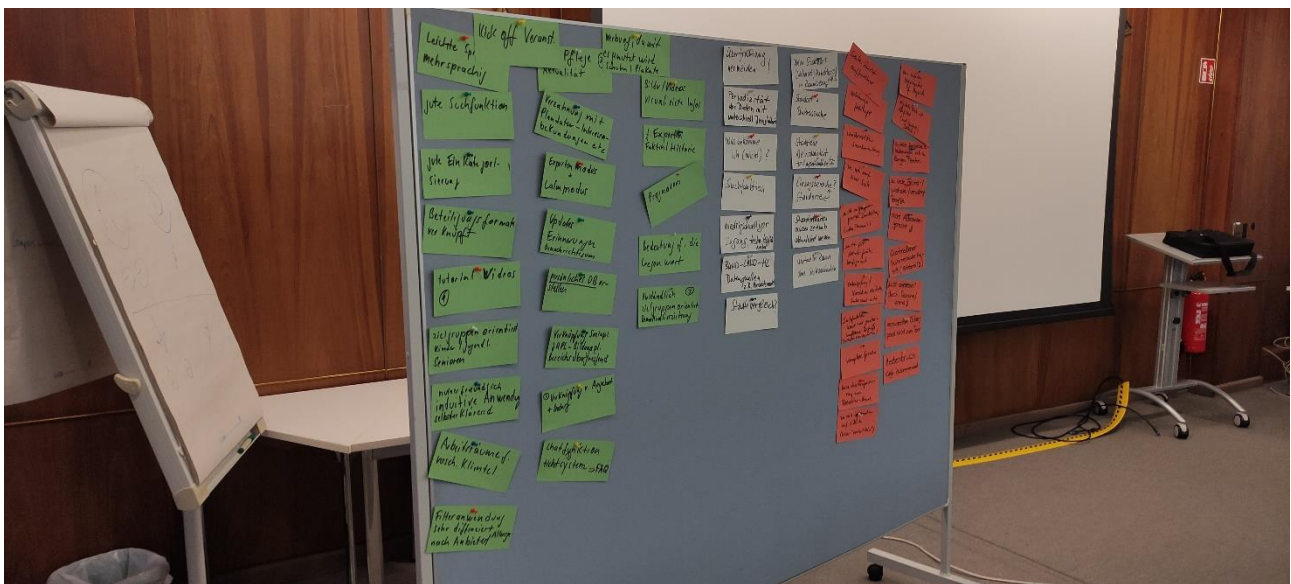


Foto 2: Die Diskussionsergebnisse der Gruppenarbeit wurden an einer Metaplanwand präsentiert

In den zur Verfügung stehenden zweieinhalb Stunden des Workshops führte Herr Zscheck, Sozialplaner des Bereichs Soziale Sicherung, die Teilnehmenden zunächst an das Thema Digitale Sozialplanung und das geplante Sozialplanungsportal heran. Es folgte eine längere Kleingruppenarbeitsphase zu drei Fragestellungen an drei Tischen:

- Gruppe A beschäftigte sich mit der Frage, welche Erwartungen ein gutes digitales Sozialmonitoring und digitales Storytelling aus Sicht der Nutzer:innen erfüllen müssten.
- Gruppe B diskutierte, wie eine digitale Karte und ein onlinebasierter Zusammenarbeitsraum aussehen müssten, damit diese Funktionen später in der Praxis einen echten Mehrwert bieten.
- Gruppe C hingegen wechselte die Perspektive und hatte zur Aufgabe ein Schreckensszenario zu entwickeln: Wie würde ein maximal schlechtes Sozialplanungsportal aussehen? Durch das Umkehren der Fragestellung erhofften wir uns eine Erweiterung der Perspektiven und das Beleuchten vermeintlich selbstverständlicher Standards.

Die drei Gruppen hielten ihre Ergebnisse auf Karteikarten fest und präsentierten diese anschließend fünf bis zehn Minuten im Plenum.

Zentrale Ergebnisse

Für eine bessere Lesbarkeit werden im Folgenden die in den Gruppen erarbeiteten Handlungsoptionen abgetippt wiedergegeben.

Gruppe A – Welche Erwartungen haben Sie an ein gutes Sozialplanungsportal? Worauf muss insbesondere beim Sozialmonitor und beim Storytelling geachtet werden?

- Kick-Off-Veranstaltung zur Veröffentlichung ist wünschenswert
- Auf Leichte Sprache / Mehrsprachigkeit achten
- hilfreiche Suchfunktion programmieren
- Gute Kategorisierung der Themen – Themen sollen leicht auffindbar sein
- Aktuelle Daten durch regelmäßige Datenpflege
- Verzahnung der Daten mit Plandaten / Soll-Ist-Vergleich
- Differenzierung der Web-Ansicht: „Expertenmodus“ mit vielen Einstellungsmöglichkeiten und ein leicht zu bedienender „Laienmodus“
- Werbung für das Angebot mitdenken, z.B. über Plakate
- Einsatz verschiedener und abwechslungsreicher Medieninhalte (Bilder, Videos), visualisierte Infos
- Zeitreihen zur Beobachtung von Entwicklungen
- Prognosen als Blick in die Zukunft und Frühwarnsystem
- Beteiligungsformate mit den dargestellten Daten verknüpfen
- Video-Tutorial zur Bedienung des Portals
- Zielgruppenorientierte Darstellung (Kinder, Jugendliche, Senior:innen)
- nutzerfreundlich, intuitive Anwendung, selbsterklärend
- automatische Benachrichtigungen bei Updates
- Möglichkeit, als Nutzer:in ein persönliches Dashboard zu erstellen und dieses zu speichern
- Fachbereichsübergreifende Darstellung der Daten und Planung (Sozial-, Jugend-, Bildungs-, Kita-, Stadtplanung etc.)
- Verknüpfung von Angeboten (Bestand) und Bedarf
- Verständliche Darstellung
- Zusammenarbeitsräume sollen verschiedene Nutzer:innengruppen berücksichtigen
- Differenzierte Filteranwendungen bei der Datenanzeige, z.B. nach Alter, Geschlecht etc.
- Breites FAQ bereitstellen
- Chatfunktion im Zusammenarbeitsraum



Gruppe B – Welche Erwartungen haben Sie an ein gutes Sozialplanungsportal? Worauf muss insbesondere bei der digitalen Karte und dem onlinebasierten Zusammenarbeitsraum geachtet werden?

- Überfrachtung vermeiden
- Besonders wichtige Daten in kurzen Intervallen veröffentlichen (Datenpflege)
- Transparent machen, welche Informationen erbracht werden können und welche nicht
- Möglichkeit, einen Standort zu zentrieren und umgebende Angebote und Datenentwicklungen sichtbar zu machen
- Standort und Umkreissuche
- Kleinräumige Darstellung der Daten und Angebote
- Farbliche Darstellung von Entwicklungen, z.B. Ampelfarben
- Suchfunktion
- Auf niedrigschwelligem Zugang achten
- Auch dargestellte Angebote/Bestand muss zeitnah aktualisiert werden (Datenpflege)
- Vergleichsmöglichkeit mit Bund, Land, anderen Kommunen

Gruppe C – Wie sollte das Sozialplanungsportal bitte auf keinen Fall sein?

- Seite nicht auffindbar
- Verlinkungen fehlerhaft
- Unübersichtliches Menü
- Keine einfache Vergleichsmöglichkeit
- Digitale Karte ist überfüllt mit Symbolen und Details
- Zu viele fachliche Erläuterungen mit zu langen Texten
- Keine Berücksichtigung der Zielgruppen
- Nicht für mobile Endgeräte optimiert
- Zu viele Fremdsprachige Begriffe, Verwaltungssprache
- Übertriebener Fokus auf multimediales Erlebnis
- Daten können nicht zueinander in Beziehung gesetzt werden
- Suchfunktion erkennt Alltagssprache nicht
- Unangemessene Darstellung der Themen (Roman, Krimi)
- Verwirrende Bilder, die nicht zum Text passen
- Keine Möglichkeit, Rechercheergebnisse zu speichern
- Zu viele Informationen auf einen Blick
- Medienbruch in der digitalen Zusammenarbeit

Für eine Kopie der ausführlichen Dokumentation des Workshops oder bei Fragen rund um das Thema Sozialplanung können Sie sich gern jederzeit an sozialplanung@luebeck.de wenden.



Dokumentation Workshop 3: Junge Menschen in Armut

von Dr. Christiane Alvarez Fischer und Thorsten Drescher

Der Workshop *Junge Menschen in Armut* fand am Freitag, den 13.10.2023, von 12 bis 14 Uhr statt.

Begrüßung und Vorstellung

Herr Drescher, Jugendhilfeplaner im Fachbereich 4, begrüßt als Gastgeber und Organisator des Workshops die Teilnehmenden. Es haben sich 17 Personen aus Kommunalpolitik, Zivilgesellschaft sowie Jobcenter und Stadtverwaltung zusammengefunden. Herr Zschech, Sozialplaner im Bereich Soziale Sicherung, gibt eine kurze Einführung in den Prozess. Die Teilnehmenden stellen sich vor.

Wissenswertes zu Kinderarmut aus Forschung und Sozialberichterstattung

In einer kurzen Präsentation stellt Herr Drescher Grundlegendes zum Armutsbegriff und Risikofaktoren sowie deren Ausprägung in Lübeck vor. Ebenso zeigt er auf, welche kommunalen Leistungen bereits zur Armuts-(folgen-)prävention für junge Menschen in der Hansestadt vorgehalten werden. Er weist darauf hin, dass die Kommune nicht alle Faktoren beeinflussen könne, die ursächlich für Armut und deren Verhinderung sind. Die Präsentation wird mit der Dokumentation verschickt.



Gelingende Handlungsansätze und Potentiale

Leitfrage 1: Welche Angebote in Lübeck kennen Sie, die besonders gut jungen Menschen in (drohender) Armut helfen? Was zeichnet diese Angebote aus?

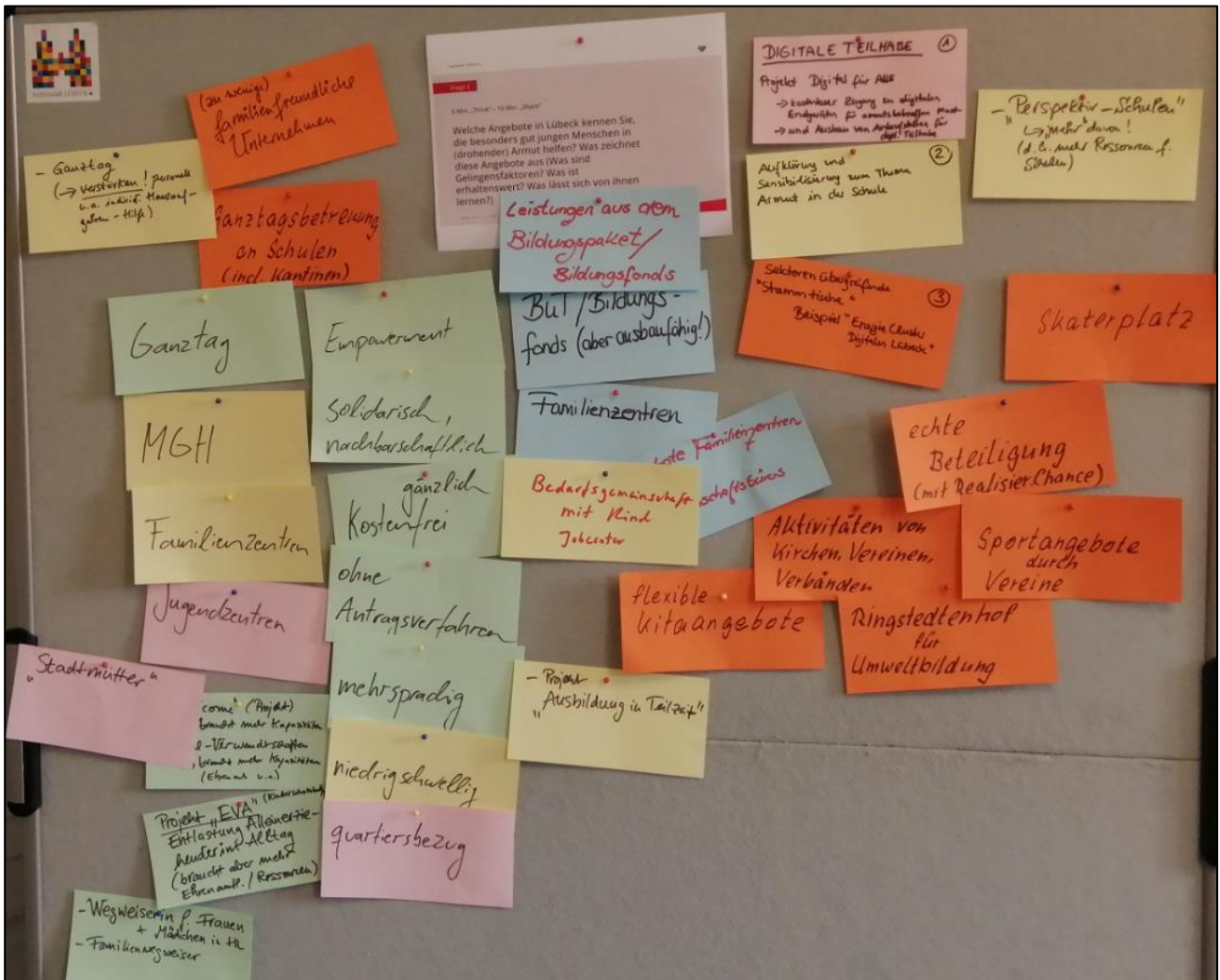


Abbildung 1: Ergebnisse des Think & Share zu Leitfrage 1

Nicht allen Teilnehmenden war es möglich, auf Anhieb Angebote zu nennen, die jungen Menschen in (drohender) Armut helfen, die nicht noch besser sein könnten, z.B. flächendeckend ausgebaut oder personell besser ausgestattet.

Dennoch wurden einige existierende Angebote als hilfreich und wirksam hervorgehoben. Hierzu gehören insbesondere offene Angebote, die niedrigschwellig und lebensweltnah junge Menschen und ihre Familien erreichen, wie die **Jugendzentren, Nachbarschaftsbüros** und **Familienzentren an Kindertagesstätten**. Die **Betreuungsmöglichkeiten** in Kita und im schulischen Ganztags sind wichtige Leistungen, um Familien in Armut zu unterstützen. Eine gute Ergänzung seien die **Stadt mütter**. Auch das Landesprogramm „**Perspektivschulen**“ bietet gute Möglichkeiten für Schulen in Quartieren mit hoher Armutsbelastung auf zusätzliche Bedarfe zu reagieren. Auch Maßnahmen zur **Teilhabeförderung** von jungen Menschen wie der Lübecker **Bildungsfonds** wurden positiv hervorgehoben. Das Projekt „Bedarfgemeinschaften mit Kindern“

des Jobcenters und andere arbeitsfördernde Maßnahmen wurden als zielführend ergänzt. Des Weiteren wurden kostenfreie **Freizeitgestaltungsangebote** als positiv bewertet, wie z.B. die Skateranlage und Angebote der Sportvereine. Als **Gelingensfaktoren** wurde für die Angebote insbesondere die niedrigschwellige **Erreichbarkeit** sowie die **Kostenfreiheit** dargestellt. Die Angebote müssten an den Interessen, Wünschen und Bedürfnissen der jungen Menschen anschließen und sie bei der Gestaltung beteiligen. Begünstigend sei es, wenn diese mehrsprachig sind und in den Quartieren direkt erreichbar (z.B. durch Familienzentren an der Kita).

Leitfrage 2:

Welche Angebote für junge Menschen in (drohender) Armut fehlen aus Ihrer Perspektive in Lübeck (flächendeckend oder an bestimmten Orten)?

Mit der zweiten Leitfrage sollten Verbesserungs- und Handlungsbedarfe gesammelt werden. Die Vorschläge lassen sich unter verschiedenen Überschriften zusammenfassen, die im Folgenden zur Orientierung dienen sollen.

- Bestehendes besser nutzen

Wie die Antworten zur ersten Leitfrage gezeigt haben, gibt es bereits eine Vielzahl von Akteur:innen und Leistungen, um junge Menschen und Familien in (drohender) Armut zu unterstützen. Das Ziel, Armut und ihre Folgen zu vermeiden bzw. abzumildern, wird durch verschiedene Organisationen und Institutionen verfolgt. Dennoch zeigt sich kein nachhaltiger Erfolg zur Reduzierung von Armut und ihrer Folgen.

Von mehreren Teilnehmenden wurde eine bessere Vernetzung der Angebote und Akteure im Quartier sowie eine stärkere Beteiligung der Betroffenen vorgeschlagen. Dies könnten **Koordinierungsstellen** für Teilhabe, wohnortnahe **Netzwerke** oder **Vertrauenspersonen** im Quartier sein. Hierzu braucht es neben den personellen Ressourcen zur Koordination und Vernetzung auch entsprechende **Instrumente**, wie eine Übersicht über alle relevanten Akteure im Quartier (digitale Karten, Kontaktlisten, Verteiler u.ä.). Denkbar wären auch gemeinsame Fallkonferenzen, um junge Menschen und Familien nachhaltig im Quartier zu unterstützen.

Wichtig ist es auch, die **Zugänge** der Zielgruppe zu passenden Angeboten zu schaffen, um die Zielgruppen bedarfsgerecht zu unterstützen. Wünschenswert wäre es, wenn junge Menschen und ihre Familien einen einzigen Zugang zu Unterstützung, Beratung und Hilfe hätten und nicht für jeden Leistungsanspruch durch eine unterschiedliche Tür gehen müssten. Das **gegenseitige Wissen** der Akteure über Möglichkeiten und Grenzen im Sozialraum ist ein entscheidender Faktor hierzu.



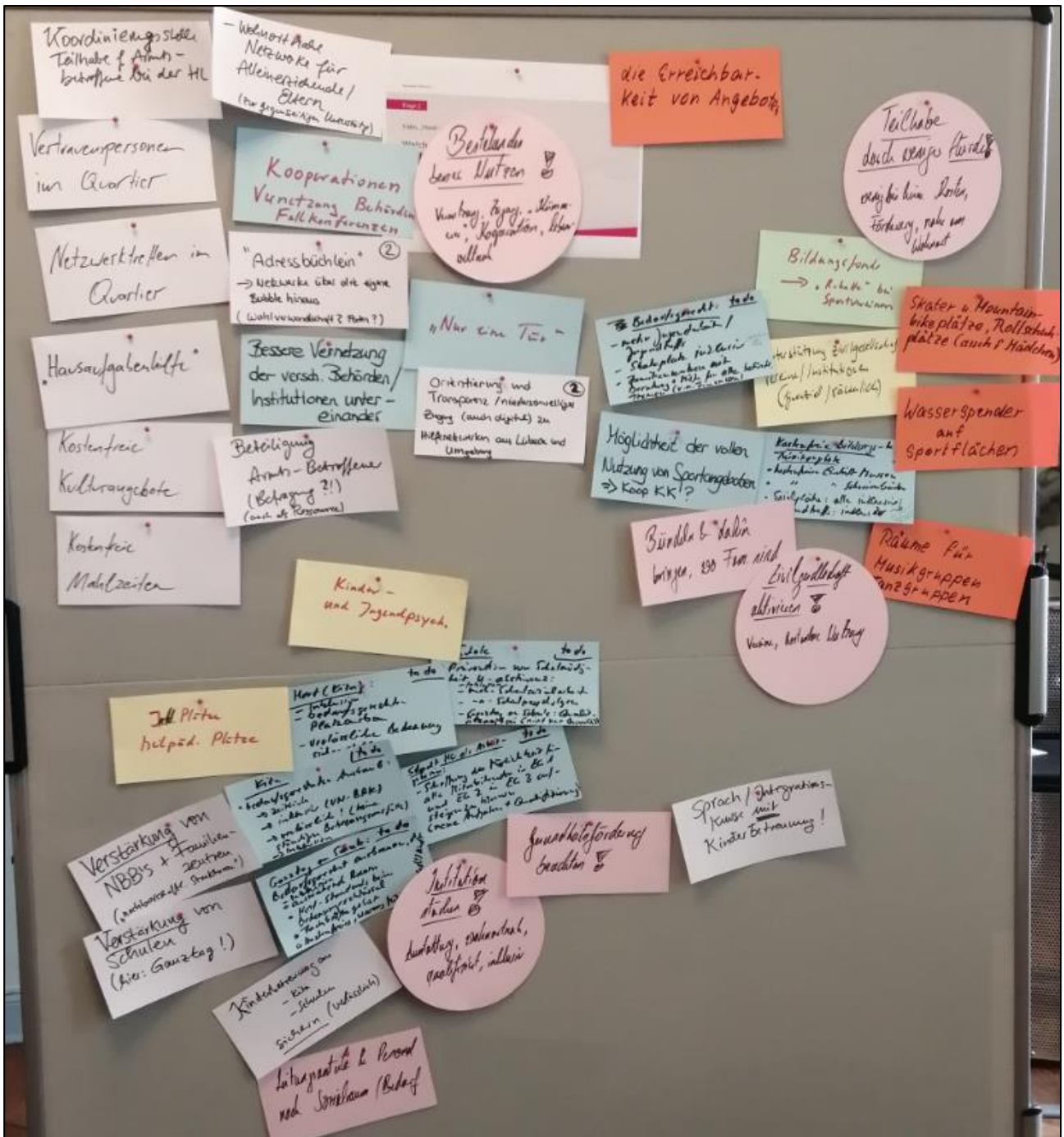


Abbildung 2: Ergebnisse des Think & Share zu Leitfrage 2

- Institutionen stärken

In der Diskussion wurde deutlich, dass es bereits vielfältige Kontakte zu jungen Menschen und ihren Familien in (drohender) Armut gibt. Sie nehmen bereits oft Betreuungs- und Beratungsangebote an. Diese seien aber nicht immer ausreichend ausgestattet, um die notwendige Unterstützung und Beratung anzubieten. Familien in Armut würden nicht selten



multiple Problemlagen aufweisen, z.B. im Zusammenhang mit Migration, Sprache, Bildung, erzieherischer Kompetenz und Beeinträchtigung bzw. Behinderung.

Ein Vorschlag dem zu begegnen ist die **sozialraumorientierte Verstärkung** bzw. **Ausbau** von Nachbarschaftsbüros und Familienzentren. Die vorhandenen Ressourcen und Standorte seien zwar begrüßenswert, dennoch gebe es dringende Bedarfe, die nicht gedeckt werden könnten. Ebenso sei eine **qualifizierte Erweiterung der Betreuungsangebote** von Kita und dem Ganztage an Schule notwendig. Dies betreffe nicht nur die Platzzahl, sondern auch die Beratungs- und Unterstützungsbedarfe von jungen Menschen und Familien in Armut, die nicht von den Fachkräften der Betreuung „nebenbei“ erledigt werden könnten. Die Unterstützung und Beratung sollte **ganzheitlich** sein, also auch Sprach- und Gesundheitsförderung berücksichtigen und inklusiv aufgestellt sein.

- Zivilgesellschaft aktivieren

Ähnlich wie die oben genannten Angebote, sind Vereine und andere gemeinnützige Zusammenschlüsse bereits aktiv bei der Unterstützung von jungen Menschen und ihren Familien in Armut. Es fehle ihnen jedoch häufig an sachlicher/ materieller Unterstützung, um ihr Engagement bedarfsgerecht anzubieten.

Hierzu gehören insbesondere **geeignete Räumlichkeiten** in den Quartieren, um Angebote und Beteiligungsformate zu gestalten. Somit steht dem Engagement ein Fehlbedarf an räumlichen Kapazitäten gegenüber, weshalb diese nicht realisiert werden könnten. Auch wenn ehrenamtliches Engagement in der Regel ohne finanzielle Gegenleistung erfolgt, brauche es eine **finanzielle Unterstützung**, damit die Ehrenamtlichen nicht durch ihren Einsatz belastet werden (z.B. durch Raummieten und andere Sachkosten).

- Teilhabe fördern durch weniger Hürden

Jungen Menschen und ihren Familien in (drohender) Armut fehlt oft die Möglichkeit zur Teilhabe an verschiedenen Angeboten aufgrund offener oder versteckter Kosten. Daneben fehlt es in benachteiligten Quartieren und den dort lebenden Familien immer wieder an grundlegender Versorgung.

Um die soziale Teilhabe in benachteiligten Quartieren zu fördern, wurde der Ausbau von **öffentlichen Sportangeboten** (als Beispiele wurden Skateranlagen, Sport im Park u.ä. aufgeführt) genannt. Diese sollten nach Möglichkeit wohnortnah erreichbar sein und den Interessen der jungen Menschen entsprechen. Ebenso könnten kostenfreie/- bzw. günstige **kulturelle Angebote** die soziale und Bildungsteilhabe fördern. Eine weitere geäußerte Idee war die Einführung einer **Hausaufgabenhilfe** im Quartier, die über Betreuungs- und Bildungsangebote für das Erledigen der Hausaufgaben hinausgeht. Hintergrund ist, dass viele Kinder, die in Armut aufwachsen, zuhause nicht die notwendige Ruhe und Unterstützung sowie einen eigenen Platz für die Erledigung der Hausaufgaben haben. Des Weiteren genannt wurden **kostenfreie Mahlzeiten**, um die Grundversorgung der jungen Menschen, die nicht (mehr) am Ganztage an Schule teilnehmen, sicherzustellen. Auch dies könne in Verbindung mit Bildungs- und Beratungsangeboten gedacht werden.



Fazit und Ausblick

Der Workshop hat gezeigt, dass es aus Perspektive der Expert:innen und Politiker:innen in Lübeck bereits vielfältige Handlungsansätze gibt, um die Armut und ihre Folgen zu vermeiden bzw. zu mindern. Viele Angebote der Hansestadt als auch von ehrenamtlich Aktiven und gemeinnützigen Organisationen werden gut angenommen und zeigen Wirkung. Gleichzeitig bleibt Armut als Herausforderung bestehen und hat sich im Zuge der jüngsten Entwicklungen (Pandemie, Krieg in Europa, Flucht und Migration, Inflation) zusätzlich verstärkt.

Es konnten auf Basis der Wort- und Schriftbeiträge der Teilnehmenden Handlungsdimensionen mit konkreten Maßnahmen identifiziert werden. Diese werden seitens der Verwaltung ausgewertet und fließen als Beteiligungsergebnis in den zweiten Teil des Armuts- und Sozialberichts ein, in dem die Handlungsoptionen den politischen Gremien vorgestellt werden.



Dokumentation Workshop 4: Potenziale im Sozialraum

von Dr. Christiane Alvarez Fischer und Thorsten Drescher

Der Workshop Potenziale im Sozialraum fand am Montag, den 22.01.2024, von 16:30 bis 18:30 Uhr statt.

Begrüßung und Vorstellung

Herr Drescher, Jugendhilfeplaner im Fachbereich 4, begrüßt als Gastgeber und Organisator des Workshops die Teilnehmenden. Es haben sich 20 Personen aus Kommunalpolitik, Zivilgesellschaft und Verwaltung zusammengefunden. Frau Schwartz, Bereichsleitung der Sozialen Sicherung (Bereich 2.500) stellt die Aufgabenstellung durch die Bürgerschaft und den Prozess vor.

Wissenswertes zu Sozialräumen und Sozialberichterstattung

Die unterschiedlichen Verständnisse von Sozialraum werden durch Herrn Drescher skizziert. Ein Sozialraum ist gleichzeitig ein Bezugsrahmen für Kooperation, ein Planungsgebiet für Fachplanungen, die Lebensumwelt von Menschen und vieles mehr. Wichtig sei es, dass die eigene Nutzung des Begriffes reflektiert werde, um sich sinnvoll miteinander austauschen zu können. Anschließend zeigt Herr Drescher die unterschiedliche Ausprägung der Mindestsicherungsquote in den 20 statistischen Sozialbezirken in Lübeck. Deutlich wird, dass das Armutsrisiko deutlich ungleich im Stadtgebiet verteilt ist. Durch Segregation werden nicht nur soziale Problemlagen konzentriert, sie können sich auch verschärfen, was auch Auswirkungen auf den Unterstützungs- und Hilfebedarf der Bürger:innen in den betroffenen Sozialräumen hat. Gleichzeitig gibt es bereits verschiedene Maßnahmen seitens Bund, Land und Kommune, die dem entgegenwirken. Die Präsentation wird mit der Dokumentation verschickt.

Ideen und Handlungsansätze aus Politik und Zivilgesellschaft

Im Anschluss erhalten die Teilnehmenden 15 Minuten Zeit, um anhand von Impulsfragen Ideen und Handlungsansätze zu sammeln. Diese werden anschließend von den unterschiedlichen Vertretungen aus Politik und Zivilgesellschaft vorgetragen (max. 3 Min. pro Gruppe).

- a) *Was braucht es in den benachteiligten Sozialräumen in Lübeck? Was ist für junge Menschen bzw. ältere Menschen besonders zu berücksichtigen?*
- b) *Wie erfahren armutsbedrohte bzw. -betroffene Menschen von Angeboten im Quartier?*
- c) *Was brauchen Ehrenämter:innen und Fachkräfte vor Ort, um sich zu vernetzen und Kooperationen aufzubauen?*



d) *Wie können Angebote gut dort zusammenwirken, wo armutsbedrohte bzw. -betroffene Menschen leben?*

Auf Basis der genannten möglichen Maßnahmen und Verbesserungen wurden durch die Moderation und die Teilnehmenden Überthemen gefunden, die in u.s. Tabelle dargestellt werden. Die einzelnen Ideen werden dem jeweiligen Thema zugeordnet. Im Anschluss hatten die Teilnehmenden die Möglichkeit bis zu 2 Punkte zur Priorisierung der Überthemen abzugeben. In Anlage 2 findet sich die Fotodokumentation hierzu.

Tabelle 1: Ideen und Handlungsansätze der TN im Workshop nach Überthemen

„Kümmerer:in“ (7 Punkte)
<ul style="list-style-type: none"> - Budget & Handlungsmöglichkeiten - Fachübergreifende Beratung - Prävention (umfassend) - Netzwerk für Patenschaften/ soziale Ressourcen - Wissen voneinander/ Transparenz - Kooperation und Abgrenzung - Regelmäßige Arbeitskreise - Wohnungstauschbörse - „Formularambulanz“ als Unterstützung im Quartier - Ortsbeiräte mit eigenem Etat - Aktivierung der Betroffenen
Mobilität (3 Punkte)
<ul style="list-style-type: none"> - Erreichbarkeit von Angeboten - Einrichtungen, die es im Stadtteil nicht gibt, müssen erreichbar sein - Stadtteilbezogene, niedrighschwellige Angebote, z.B. Trendsportarten für jüngere und Einkaufsservice für Ältere - Günstige/ kostenlose Mobilität - Verkehrsinfrastruktur: Fußgängerüberwege, intakte Gehwege, Shuttle-Busse - Teilhabe an Stadt-/Kultur (LüMo, Tafeln, Internet)
Bedarfsanalyse und Partizipation (3 Punkte)
<ul style="list-style-type: none"> - Sozialstatistik genauer ansehen, - Kleinere Sozialräume betrachten - Bedarfe von Älteren im Quartier, z.B. Einsamkeit, Digitalisierung, kulturelle Aktivitäten, - Menschen mit Migrationshintergrund einbeziehen, - auf Menschen zugehen, - Sprache - Ergebnisse mit Betroffenen besprechen - Antizipation vs. Stigmatisierung



Informationsfluss (1 Punkt)

- Stadtteilzeitung
- Anzeigenblättchen
- Digitale Möglichkeiten nutzen (z.B. Social Media, bestehende Apps und Informationsseiten)
- Kommunikationsstrategie entwickeln
- Lokaler Print, Plakate, Schaukästen
- Social Media-Gruppen
- Rekrutierung von Ehrenamtlichen
- Zusammenarbeit ehrenamtliche und berufliche Kräfte
- Über Arztpraxen und Apotheken
- Bekannte Treffpunkte wie Tafel nutzen; Bücherei, Mehrfamilienhäuser, Sozialkaufhäuser

(Frei-)Räum für Nachbarschaft und Engagement

- Generationenübergreifend und/oder zielgruppenspezifisch
- Niedrigschwellige Begegnungsmöglichkeiten, z.B. Café, „Vereinshäuschen“ (Vorbild Broilingplatz)
- Angebote anderer Stadtteile übertragen (z.B. „Großeltern im Quartier“)
- Räumlichkeiten
- Bürger- und Jugendtreffs
- Säulen nutzen: E-Punkt, Tafel für Koordination und Teilhabe

Versorgungsdichte von sozialen Einrichtungen

- Soziale Infrastruktur, z.B. Apotheken usw.
- Jugendtreffs/-clubs mit Partizipation/ Selbstorganisation
- Dezentrale Angebote
- Nahversorgung Gesundheit und Pflege inklusive Begegnung
- Zielgruppen aus allen Stadtteilen für alle Kultur- und Bildungseinrichtungen
- Angebote an Schule am Nachmittag in Kooperation mit der Schulsozialarbeit
- Für junge Menschen: Infrastruktur, Begegnung, Vereinswesen, Vorbilder

Weitere Themen, Anmerkungen und offene Punkte

- Schnittstelle mit der Arbeitsverwaltung (Abstimmung, übergreifende Beratung)
- Wohnungen modernisieren/ bauen; barrierefreie Wohnungen
- Antizipation vs. Stigmatisierung: Bedarfe aufgreifen, ohne Bedürftigkeit/ Deprivation zu unterstellen und Stigmata zu reproduzieren
- Arbeitgeber einbinden
- Doppelstrukturen vermeiden
- Bündeln von verschiedenen Zielgruppen und Rechtskreisen



In verschiedenen Beiträgen merken die Teilnehmenden an, es brauche eine verlässliche und gut vernetzte Ansprechperson, die einen guten Überblick über Ressourcen und Bedarfe im Sozialraum hat. Netzwerke und Kooperationen funktionieren am besten, wenn eine Person zuständig ist, Kontakte aufzubauen und zu pflegen. Es brauche daher eine organisierte Verantwortlichkeit im Sozialraum. Bedeutend sei außerdem, dass ein „**Kümmerer:in**“ für einen Sozialraum Ansprechpartner:in in vielfältigen Belangen ist. Die Komplexität der Leistungen und Angebote für Menschen, die in Armut leben oder davon bedroht sind, sollte nicht auf sie übertragen werden, sondern Erstberatung und Zugang sollte so einfach wie möglich sein. Notwendig sei außerdem, dass konkrete Maßnahmen für die Bürger:innen vor Ort entwickelt werden würden, wie z.B. niedrigschwellige Unterstützung bei Antragsstellung oder der Wohnungssuche. Eine „Kümmerer:in“ könnte bedarfsgerecht Beratung und Unterstützung in Anschluss an die Bedarfe der Bürger:innen organisieren sowie Netzwerkarbeit leisten und auf Kooperationen im Sozialraum hinwirken. Wie eine derartige Funktion konzeptionell ausgestaltet werden könnte, blieb noch offen. Dies war mit 7 Punkten mit Abstand das wichtigste Thema für die Teilnehmenden.

Angebote müssen für Bürger:innen gut erreichbar sein, außerdem sollen sie, besonders jüngere und ältere, die Möglichkeit haben, sich selbstbestimmt und sicher in der Stadt zu bewegen. **Mobilität** ist daher eine Grundvoraussetzung für die gesellschaftliche und berufliche Teilhabe. Die Ideen der Teilnehmenden gehen daher in die Richtung, dass die Sozialräume eine hinreichende Ausstattung haben, die niedrigschwellig erreichbar ist, während Menschen, die in Armut oder davon bedroht leben, bessere Mobilitätsangebote erhalten. Das Thema wurde mit 3 Punkten als zweitwichtigstes benannt.

Unter der Überschrift **Bedarfsanalyse und Partizipation** befinden sich verschiedene Hinweise und Anregungen dazu, mehr Wissen über die Lebenssituation und die Bedarfe von Menschen, die in Armut leben oder davon bedroht sind, zu erhalten. Dies kann durch eine kleinteiligere Sozialraumanalyse in Verbindung mit einer Bestandsanalyse von Teilhabemöglichkeiten erfolgen. Die Beteiligung der betroffenen Menschen wurde ebenfalls genannt, um wirksamere Unterstützung zu organisieren. Mit 3 Prioritätspunkten wurde diesem Themenfeld die zweithöchste Wichtigkeit zugewiesen.

Wie Menschen von Beratungs-, Unterstützungs- und Hilfsangeboten erfahren wurde unter der Überschrift **Informationsfluss** subsumiert. Die Teilnehmenden regen an, dass vor allem bekannte und akzeptierte Orte genutzt werden, die von den Zielgruppen von sich aus besucht werden: Apotheken, Arztpraxen und Anzeigenblättchen. Potentiale im digitalen Raum wurden ebenfalls genannt, mit dem gleichzeitigen Hinweis, dass dies nicht für alle Alters- und Zielgruppen eine geeignete Informationsquelle sei. Des Weiteren wurde von mehreren Teilnehmenden das Thema Lokalzeitung bzw. Stadtteilzeitung angesprochen. Dies sei prinzipiell eine gute Möglichkeit, um Bürger:innen zu informieren und im Rahmen von ehrenamtlichen Engagement zu beteiligen. Diskutiert wurde durch die Teilnehmenden inwiefern es eine abgestimmte Kommunikationsstrategie seitens der Verwaltung brauche, um die Vielzahl an Angeboten und Leistungen verständlich und übersichtlich darzustellen. Mit 1 Punkt wurde dieses Thema als vierthöchstes priorisiert.

Ehrenamtliches Engagement und nachbarschaftliche Zusammenleben braucht **(Frei-)Räume**. Als Beispiele führen die Teilnehmenden Bürger- und Jugendtreffs sowie niedrigschwellige Begegnungsorte wie Cafés an. Diskutiert wurde, ob diese Angebote eher für bestimmte Zielgruppen (z.B. Jugendliche oder Ältere) sein sollten oder generationenübergreifend. Argumente



für beide Formen wurden ausgetauscht. Zwar gebe es eine Freiraumbörse der Stabsstelle Ehrenamt, führt Herr Drescher an, aber auch diese könne nur auf Ressourcen zurückgreifen, die es bereits gebe.

Des Weiteren wurden verschiedene Aspekte zur **Versorgungsdichte von sozialen Einrichtungen** eingebracht. Insbesondere in benachteiligten Sozialräumen mangelt es an kulturellen und sozialen Teilhabemöglichkeiten. Außerdem zögen sich Dienstleister und wichtige Versorger, wie z.B. Apotheken zurück. Dies verschärfe die Situation in den Quartieren. Daher sei es von großer Bedeutung die Versorgung zu überprüfen und falls möglich steuernd einzugreifen. Angebote sollten darum auch dezentral geplant werden.

Weitere **Themen, Anmerkungen und offene Punkte** umfassten die Verbindung der Angebote und Leistungen der Hansestadt mit der Arbeitsverwaltung (Agentur für Arbeit und Jobcenter). Des Weiteren ist das Thema Wohnen und bedarfsgerechte Wohnungen (insb. Größe und Barrierefreiheit/-armut) mehrfach andiskutiert worden. Es wurde ebenfalls darauf hingewiesen, dass die sozialraumorientierte Weiterentwicklung von Angeboten die Stigmata mit denen bestimmte Wohngebiete verknüpft sind, verstärken.

Fazit und Ausblick

Im Workshop wurden durch Politik und Zivilgesellschaft eine Vielzahl von Maßnahmen und Ideen gesammelt, wie die Potentiale in den Lübecker Sozialräumen besser genutzt werden können. Insbesondere die Idee einer „Kümmerer:in“ im Sozialraum sowie eine Verbesserung der Mobilität und dezentralen Versorgung in Verbindung mit einer beteiligungsorientierten Bedarfsanalyse wurden genannt.

Die Ergebnisse des Workshops IV werden zusammen mit den anderen Beteiligungsergebnissen durch die Verwaltung aufgearbeitet und in Verbindung zueinander gesetzt. Im Anschluss entsteht ein Bündel von Handlungsoptionen, die mit dem Begleitgremium und der Kommunalpolitik vorgestellt werden wird.



Stellungnahme des Frauenbüros

1.160 - Frauenbüro

Zeichen: ps

Lübeck, den 27.03.2024

Auskunft: Petra Schmittner

Tel.: 122-1601

E-Mail: petra.schmittner@luebeck.de

Vfg.

Hansestadt Lübeck, Armuts- und Sozialbericht 2022 – Handlungsoptionen 2024

hier: Stellungnahme des Frauenbüros dazu

Der 2022 vorgelegte Armuts- und Sozialbericht machte deutlich, dass Frauen und Kinder in Lübeck (insbesondere jüngere sowie ältere Frauen und Alleinerziehende), überproportional von Armut betroffen sind.

Gleichzeitig beschrieb der Bericht aus Sicht der Gleichstellung positive Entwicklungen (weniger Minijobs, steigende Beschäftigungsquote von Frauen), aber auch ambivalente Entwicklungen wie der Trend zu immer mehr Teilzeit-Stellen.

Details dazu finden Sie in unserer Stellungnahme (ab S. 99) im [1. Teil des Armuts- und Sozialbericht¹](#).

Bedenklich ist insbesondere, dass der Anteil der Frauen, die ihren Lebensunterhalt hauptsächlich durch eigene Erwerbstätigkeit bestreiten können, zwischen 2020 und 2021 in Schleswig-Holstein von 66,3 auf 63,7% zurückgegangen ist². Dies unterstreicht die Ergebnisse einer Studie des DGB³, die darlegte, dass bereits 2019 knapp zwei Drittel der vollzeitbeschäftigten Frauen (64%) nicht in der Lage waren, mit ihrem aktuellen Verdienst die langfristige Existenzsicherung für sich und ein Kind zu gewährleisten.

Laut Statistischem Landesamt (Steuerstatistik) verdienen Frauen in Lübeck im Schnitt monatlich 842 Euro weniger⁴ als Männer. Grund dafür ist unter anderem die Reduzierung der Arbeitszeit, die viele Frauen aufgrund der Übernahme unbezahlter Sorgearbeiten nutzen (müssen).

Die Gründe für Armut insgesamt sind jedoch vielfältig⁵.

Das Frauenbüro begrüßt, dass gemeinsam mit Politik und Stadtgesellschaft lokale Handlungsoptionen zur Bekämpfung von Armut und für eine soziale(re) Stadtentwicklung erarbeitet wurden.

Diese sind (vorerst) bezogen auf die *Zielgruppen „Kinder und Jugendlichen“ sowie „ältere Menschen“*.

Viele der vorgeschlagenen Handlungsoptionen können unserer Einschätzung nach positive Effekte auf die „Gleichstellung“ bzw. eine bessere Teilhabe der von Armut betroffenen bzw. bedrohten Frauen in Lübeck haben, z.B.:

- der Aufbau bzw. die Stärkung von Quartiersmanagement-Strukturen

¹ Hansestadt Lübeck, Armuts- und Sozialbericht 2022, Teil 1: Datenanalyse, Lübeck 2023, S. 99 ff

² BMFSFJ, [4. Atlas zur Gleichstellung \(2020\), Beschäftigungsquote von Frauen](#) (Landkreise), Arbeit & Einkommen / Lebensunterhalt durch eigene Erwerbstätigkeit.

³ [DGB-Studie, Wie unabhängig sind Frauen](#), Dr. I. Pimminger, Berlin, 2019.

⁴ Hansestadt Lübeck, [Pressemitteilung](#).

⁵ z.B. die anhaltende Benachteiligung auf dem Arbeitsmarkt (atypische und prekäre Beschäftigung, Niedriglöhne, Gender Pay Gap) und die ungleiche Verteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit (gesellschaftliche Rollenbilder). Siehe auch NAK, [„Armutsrisiko Geschlecht“](#), Berlin 2017.



- die Erreichbarkeit von Angeboten vor Ort (Kultur, Sport, Soziales), aber auch
- mehr bezahlbarer Wohnraum
- ein verbesserter Zugang zu Mobilität für Ärmere
- Modelle der Pflege im Quartier und des gemeinschaftlichen Wohnens
- Stärkung und Ausbau der Betreuung in Kitas und Schulen
- ein Ausbau bzw. Verstärkung der Nachbarschaftsbüros und Familienzentren

Allerdings bedarf es eines konkreten Handlungskonzeptes

- ⇒ mit **Priorisierung der Handlungsoptionen**
- ⇒ mit **Ziel- und Zeitplanung**

für eine Umsetzung.

Deshalb folgende Empfehlungen des Frauenbüros:

1. Entwicklung konkreter Maßnahmen als Handlungskonzept mit Ziel- und Zeitplanung anhand der „Handlungsoptionen“ unter Einbeziehung geschlechtsspezifische Aspekte
2. Entwicklung weiterer konkreter Maßnahmen für besonders armutsgefährdete Zielgruppen (z.B. für Alleinerziehende, für Personen ohne Schul- und Berufsabschlüsse, Geringqualifizierte, Erwerbslose, Migrant:innen) unter Einbeziehung derselben
3. Ergänzung weiterer kommunaler Handlungsfelder zur Stärkung einer eigenständigen Existenzsicherung (siehe beispielhaft grau hinterlegter Kasten unten)

gez. Petra Schmittner

Vorschlag für ergänzende kommunale Handlungsfelder zur Stärkung einer eigenständigen Existenzsicherung (und damit dem Abbau von Armut bzw. mehr Teilhabe):

-ohne Anspruch auf Vollständigkeit-

1. **Gleiche Bezahlung und Übernahme von Care-Aufgaben von Frauen und Männern**
 - Beratung von Arbeitgeber:innen und Arbeitnehmer:innen (durch Kammern, Arbeitgeberverbände, Wirtschaftsförderung und Gewerkschaften)
 - zur Nutzung verschiedener [Instrumente für mehr Entgeltgleichheit](#) von Frauen und Männern zur Förderung des „[Erwerb-und-Sorge-Modells](#)“; d.h. allen Menschen die Verbindung von Erwerbs- und Sorgearbeit ermöglichen
 - zur „Brücken-Teilzeit“ und Angebote für TZ-Beschäftigte, ihre Arbeitszeit (lebensphasenspezifisch) zu reduzieren oder zu erhöhen
 - zur Unterstützung von Beschäftigten in Minijobs / geringer Teilzeit in Richtung Vollzeit
 - Werbe- und Informationskampagne für (mehr) Gleichberechtigung in der Partnerschaft (Arbeit & Careaufgaben fair-teilen)
 - mehr Angebote für (werdende) Väter an Kitas und für Eltern an Schulen, unterstützt z.B. durch kommunal geförderte spezifische Angebote für Väter durch die Schwangeren-, Familien- und Erziehungsberatungsstellen und andere
2. **Fokus auf beruflicher Ausbildung für alle Menschen**

2011 hatte laut „Zensus“ jede dritte Frau in Lübeck keine abgeschlossene Berufsausbildung. Mit Jugendberufsagentur, Jobcenter und anderen Akteur:innen kann hier auf kommunaler Ebene agiert werden:

 - verstärkte Qualifizierung von Frauen durch das JobCenter, um sie häufiger als bisher in gut bezahlte und existenzsichernde Berufe zu orientieren.
 - die Teilhabe an Mitteln zur Familienplanung kann dazu beitragen, Ausbildungsab-brüche oder ungewollte Arbeitsunterbrechungen zu verringern. Hier wird empfohlen, das Projekt „[Zugang zu ärztlich verordneten Kontrazeptiva](#)“ von der Hansestadt Lübeck weiterzuführen, bis die geplante bundeseinheitlichen Lösung umgesetzt wird.

